

# Pacific News

Nachrichten - Mitteilungen - Hintergründe  
aus dem pazifischen Raum

Arbeitsgemeinschaft für Pazifische Studien e.V.



## **Feldforschung in Indonesien**

**Berichte und Kommentare zur Festsetzung  
Bonner Geographen in Jakarta**

**Philippinen: Zum Sturz von Estrada**

**Public Space and Migrant Labour in Singapur**

**Tourismus in Laos**

**Residentielle Integration in Singapur**

**Jagungsberichte, Literatur- und Webtipps**

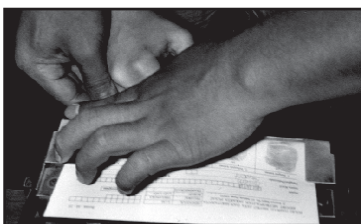
Die **Pacific News (PN)**, ISSN 1435-8360, ist das periodisch erscheinende Informationsmedium der **Arbeitsgemeinschaft für Pazifische Studien e.V. (APSA)**, welches in Zusammenarbeit mit der Abt. für Kultur- u. Sozialgeographie am Geographischen Institut der Universität Göttingen herausgegeben wird.

Durch die interdisziplinäre Vielfalt der Beiträge möchte die **Pacific News** ihren Lesern die Beschäftigung mit aktuellen Entwicklungen im asiatisch-pazifischen Raum erleichtern; ferner ist es ein Bestreben der APSA, engagierten Nachwuchswissenschaftlern eine seriöse Publikationsplattform anzubieten.  
Die Pacific News erscheint derzeit halbjährlich in Göttingen.

# Pacific News

## Inhaltsverzeichnis

- Epilog: Zum Sturz des philippinischen Präsidenten Estrada ..... *Günter Siemers* 4



- Geographische Exkursion Indonesien - Anmerkungen zu einem Zwischenfall ..... *Niklas Gebert* 6

- Aus aktuellem Anlaß: Feldforschung in Indonesien..... *Gerd R. Zimmermann* 8

- Friedensabkommen für Bougainville - Erster Schritt in Richtung Unabhängigkeit?...*Michael Waibel* 9
- Tourismus in Laos und dessen Problematik.....*Christine Heinen* 10
- Singapurs Strategie zur Integration seiner multi-ethnischen Bevölkerung .....*Ulrich zur Lienen* 13
- Singapur: Wasser für den Stadtstaat.....*Rolf Jordan* 17



- The Controlled Transformation of Public Space by the Presence of Migrant Labour in Singapore...*Darren Soh* 20

- Short Cut: ‚A Park Divided‘ - Naturschutz contra Landnutzung.....*Heiko Faust* 22
- Project Report: SFB 564 - The Uplands Programm.....*S. Brünstrup-Seidemann/Andreas Neef* 23
- Tagungsbericht: 3. EUROSEAS-Konferenz in London.....*Rolf Jordan* 25
- Tagungsbericht: Arbeitskreis Südostasien in Blaubeuren.....*Georg Mischuk* 26
- Literaturtipp: Passauer Beiträge zur Südostasienkunde.....*Reinhard Hönighaus* 27

## Impressum

**Herausgeber der Pacific News:**  
**Arbeitsgemeinschaft für Pazifische Studien e.V.**  
c/o Abt. Kultur- u. Sozialgeographie am Geogr. Institut der  
Universität Göttingen  
Goldschmidtstr. 5 - D-37077 Göttingen  
**Internet:** <http://www.pacific-news.de>  
**Tel:** +49-551-39.80.22  
**Fax:** +49-551-39.12.140  
**Email:** [redaktion@pacific-news.de](mailto:redaktion@pacific-news.de)  
**Vorstand:** Prof. Dr. W. Kreisel ([wkreise@gwdg.de](mailto:wkreise@gwdg.de))  
Dr. M. Waibel ([mwaibel@gwdg.de](mailto:mwaibel@gwdg.de))  
Dr. P. Marsden ([marsden@anglistik3.rwth-aachen.de](mailto:marsden@anglistik3.rwth-aachen.de))  
B. Jansen-Merx

**Redaktion:**  
*R. Jordan*  
*Dr. M. Waibel (V.i.S.d.P.)*  
**Webtipps**  
*H.O. Franken*  
**Layout Printversion:**  
*M. Waibel*  
*R. Jordan*  
**Layout Webversion:**  
*M. Waibel*

**Photonachweis:**  
*C. Heinen*  
*D. Soh*  
*N. Gebert*  
*M. Waibel*  
*R. Jordan*  
**Postproduktion:**  
*N. Wiczorek*  
*J. Winter*  
*N. Sachau*

Die einzelnen Beiträge spiegeln nicht immer die Meinung der APSA wieder.

## Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe:

**22.04.2002**

Senden Sie Kommentare und kritische Stellungnahmen sowie Artikel an:

**Rolf Jordan** ([rojordan@uni-kassel.de](mailto:rojordan@uni-kassel.de))  
oder:

**Michael Waibel** ([mwaibel@gwdg.de](mailto:mwaibel@gwdg.de))

## Editorial



Dr. Michael Waibel

Auch für die siebzehnte Ausgabe der **Pacific News** haben wir uns wieder bemüht, ein möglichst breites Spektrum an Beiträgen zusammen zu tragen, dass – so meinen wir – der Vielfalt gerecht wird, die die Forschungslandschaft zu Südostasien und der pazifischen Region prägt. Regional reicht dieses Spektrum diesmal vom Stadtstaat Singapur, Indonesien und den Philippinen über Laos nach Papua-Neuguinea. Und auch inhaltlich deckt die vorliegende Ausgabe wieder ein vielschichtiges Themenspektrum ab, das vom Sturz des philippinischen Präsidenten ESTRADA über das Friedensabkommen von Bougainville bis zu neueren Forschungsergebnissen zur Wohnungsbaupolitik in Singapur reicht.

Und wie bereits in den letzten Ausgaben prägen auch diesmal Bilder und Grafiken das optische Erscheinungsbild der **Pacific News**. Besonders deutlich wird die Verbindung von Text und Bild in dem Beitrag von DARREN SOH, einem jungen Soziologen und Photographen aus Singapur. Sein Artikel setzt gleichzeitig die bisherige Praxis fort, in der **Pacific News** auch englischsprachige Beiträge zu veröffentlichen, um so der internationalen Ausrichtung der Forschungslandschaft Ausdruck gerecht zu werden.



Rolf Jordan

Bei aller konzeptionellen Kontinuität, auf die zu verweisen ist, gibt es aber auch eine wichtige Neuerung im Erscheinungsbild der **Pacific News**: die vorliegende Ausgabe ist bunter als ihre Vorgänger. Erstmals haben wir einen farbigen Bereich im Innenteil der **Pacific News**. Hier sollen auch in Zukunft verstärkt Bildbeiträge und Artikel mit entsprechendem grafischen Material präsentiert werden.

Die Redaktion

## Weptipps

### Indigenous Australia

<http://www.dreamtime.net.au>

Die Website „Indigenous Australia“ wird vom Australian Museum und dem Australia's Cultural Network betrieben und umfasst 2 Websites, „Dreaming Online“ und „Stories of the Dreaming“. Die Site entführt den Besucher in die 60000 Jahre alte Kultur der Aborigines und der Torres Strait Islanders. Gegliedert ist der Webauftritt in 4 Bereiche: Hintergrundinformation, Geschichten der Traumzeit, ein spezieller Kinderteil und einen Lehrerbereich. In den Hintergrundinformationen erhält der Besucher einen guten Überblick über Kunst und Kleidung, dem geistigen und familiären Leben, den Beziehungen der indigenen Völker zum Land und ihre Beziehungen zu den britischen Siedlern. Eine detaillierte Zeittafel ist ebenfalls vorhanden. Das Kapitel mit den Geschichten aus der Traumzeit enthält kurze Filme in denen Leute Geschichten ihrer Vorfahren über Land, Meer und Tiere erzählen. Die Filme wurden im australischen Hinterland aufgenommen und liegen in niedriger oder hoher Qualität vor. Benötigt wird der RealPlayer. Es gibt sie aber auch als reine Audio-Files oder in Textform. In dem Lehrer- und Kinderbereich findet der Besucher zusätzliche Informationen inklusive Links, Glossar, FAQs und Tips für Lehrer für die Gestaltung von Unterrichtsstunden zum Thema Indigene Völker. *H. O. Franken*

### U.S. „Tiananmen Papers“

<http://www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB47/>

Das National Security Archive (NSA) hat 13 Dokumente zu den politischen Ereignissen im Jahre 1989 (Tiananmen Square) in China aus Sicht der amerikanischen Regierung herausgegeben. Bereits 1999 hatte das NSA deklassifizierte historische Dokumente zu dem Thema veröffentlicht. Die jetzt veröffentlichten Dokumente wurden erst später entdeckt, zusammen mit CIA Reports und Mitteilung der amerikanischen Botschaft in China kurz vor bzw. nach dem Juni 1989. Die Dokumente liegen in pdf-Format vor.

## Epilog

# Zum Sturz des philippinischen Präsidenten Estrada

**Günter Siemers**

Am 13. November 2000 leitete das Repräsentantenhaus des philippinischen 2-Kammer-Parlamentes mit den erforderlichen Unterschriften von mehr als 1/3 seiner Abgeordneten dem Senat die „Articles of Impeachment“ (Unterlagen zur Anklage mit dem Ziel einer Amtsenthebung) gegen den amtierenden Präsidenten JOSEPH („Erap“) ESTRADA zu. Der Senat konstituierte sich daraufhin verfassungsgemäß am 20. November als Gericht für das Verfahren.

Vorausgegangen waren öffentliche Vorwürfe des Gouverneurs der Provinz *Ilocos Sur*, LUIS („Chavit“) SINGSON, er habe Estrada mehrfach Einnahmen aus dem illegalen Glückspiel *Jueteng* überbracht. Gegen SINGSON, der seinen Sinneswandel vom Freund zum Feind ESTRADAS offenbar vollzog, nachdem seinen eigenen Anhängern legale Glückspiellizenzen verweigert worden waren, ist bis heute keine Anklage erhoben worden, obwohl er sich selbst schwer belastete. ESTRADA bestritt jede Schuld und räumte lediglich ein, 200 Mio. Pesos (ca. 4 Mio. US\$) aus *Jueteng*-Geldern seien über einen seiner Rechtsberater auf ein Stipendienkonto für muslimische Jugendliche eingezahlt worden.

Gegner des seit Mitte 1998 im Amt befindlichen Präsidenten griffen die Vorwürfe SINGSONS und weitere nun auftauchende sofort auf und leiteten eine öffentliche Kampagne gegen den Staats- und Regierungschef ein. Dabei gab es zwei Stoßrichtungen: zum einen Einleitung eines *Impeachment*-Verfahrens, zum anderen Druck auf ESTRADA, schon vor Einleitung eines solchen Verfahrens oder unabhängig von seinem Ausgang zurückzutreten. ESTRADA erklärte, er werde das Urteil des Senats – der einen Schuldspruch freilich nur mit 2/3-Mehr-

heit fällen konnte – in jedem Fall akzeptieren. Seine Gegner, unter wesentlicher Beteiligung von Vizepräsidentin MACAPAGAL-ARROYO z.T. in einer „United Opposition“ organisiert, reichten von manchen linksgerichteten Organisationen über Frauenverbände, die römisch-katholische Kirche, Expräsidentin AQUINO, Expräsident RAMOS u.a. bis hin zum *Makati Business Club*. Mit dem Fortschreiten der Kampagne liefen zunehmend auch Parlamentsabgeordnete von der Regierungsseite zur Opposition über. Die Bevölkerung zeigte sich von dem politischen Aktionismus zunächst nur teilweise beeindruckt. Bei einer am 13. Oktober von *Pulse Asia* durchgeführten Meinungsumfrage sprachen sich 53 % der Befragten für ein Verbleiben ESTRADAS im Amt aus, bei einer Umfrage derselben Institution am 7. November nur in Groß-Manila antworteten 69 %, sie wollten ESTRADA weiter als Präsident, und 46 % lehnten die Forderungen nach seinem vorzeitigen Rücktritt ab. Am 7. Dezember begann das Verfahren dann konkret. Zunächst wurden nur Zeugen der Anklage vernommen, die ESTRADA z.T. erheblich belasteten – aber rechtlich nur vorbehaltlich eventueller anschließender Gegenbeweise der Verteidigung. Ab 20. Januar sollte diese Entlastungszeugen vorführen.

Die sehr ausführliche Berichterstattung der Massenmedien musste in dieser ersten Phase den Eindruck einer Schuld ESTRADAS vermitteln, obwohl diese noch völlig offen war. Die Opposition veranstaltete weitere Demonstrationen gegen den Präsidenten. Radikalere Elemente versuchten auch, die Richter – Senatoren, die sich später wieder einer Wahl stellen mussten - unter Druck zu setzen, so durch öffentliches Anprangern von Äußerungen oder Verhaltensweisen von

Richtern, die ESTRADA statt seinen Gegnern Nutzen brachten, und durch Demonstrationen vor dem Privatwohnsitz von als pro-ESTRADA eingeschätzten Richtern.

Am 16. Januar 2001 stimmte der Senat als Gericht mit 11:10 Stimmen dagegen, unter Aussetzung des geltenden Bankgeheimnisses weitere versiegelte Bankunterlagen öffnen zu lassen, die nach den Erwartungen der Anklage beweisen sollten, dass Präsident ESTRADA dort etwa 3,3 Mrd. Pesos (ca. 65 Mio. US\$) deponiert habe. Eine vorausgegangene erste Öffnung versiegelter Bankdokumente hatte keine Belastung ESTRADAS erbracht.

Die 11 als Ankläger fungierenden oppositionellen Unterhausabgeordneten, sämtlich Volljuristen, legten daraufhin am 17. Januar geschlossen ihr Mandat nieder. Damit endete de facto das *Impeachment*-Verfahren, noch bevor auch nur ein einziger Entlastungszeuge vernommen worden war. Das außergewöhnliche Verhalten der Ankläger legt die Frage nahe, ob der ganze Schuldbeweis nur von dem vermuteten Inhalt dieser Bankunterlagen abhing, d.h. ob die Anklage selbst ihre bisher erbrachten „Beweise“ als letztlich unzureichend einschätzte. Zudem musste den ausgebildeten Juristen klar sein, welche Auswirkungen ihre Entscheidung auf das *Impeachment*-Verfahren haben würde.

Die Aktionen der Opposition verlegten sich nun offenbar ganz auf die Straße. Es kam zu Großkundgebungen mit (je nach Quelle) hunderttausenden von Teilnehmern. Immer mehr politische Freunde setzten sich von ESTRADA ab. Entscheidend war schließlich aber der Seitenwechsel von Polizei und Militär am 18. Januar. Der Präsident verfügte damit über keine Machtmittel mehr.

Seine Gegner stellten ihm nun ein auf

einige Stunden befristetes Ultimatum: Wenn er nicht bis 6 Uhr morgens am 19. Januar zurücktrete, werde sein Amtssitz von Demonstranten gestürmt. Eine Verhandlungsdelegation unter Führung von Vizepräsidentin MACAPAGAL-ARROYO zog erfolglos wieder ab: Estrada verweigerte den Rücktritt. Sein Gegenangebot, nach fünf Tagen zurückzutreten, wurde von der Opposition abgelehnt – wie schon vorher seine Offerte, im Mai vorgezogene Präsidentenwahlen durchzuführen, ohne selbst zu kandidieren. Am 20. Januar gab Estrada aber auf. (Was konkret ihn dazu veranlasste, ist hier nicht bekannt.) Noch am selben Tag wurde Vizepräsidentin MACAPAGAL-ARROYO, Tochter des früheren Präsidenten MACAPAGAL, als neue Präsidentin vereidigt. Sie übt dieses Amt laut Verfassung für den Rest der normalen Amtszeit ESTRADAS, d.h. die dreieinhalb Jahre bis Ende Juni 2004, aus. Für die sechs folgenden Jahre kann sie direkt für das Spitzenamt kandidieren. Wird sie gewählt, hat sie es also für insgesamt neun-einhalb Jahre inne, während die Verfassung sonst nur eine einzige Amtszeit von sechs Jahren zulässt.

Die Verjagung ESTRADAS – der ja kein Diktator war - aus einem Amt wurde von seinen Gegnern als neuer Sieg von „*people power*“ und „EDSA II“ gefeiert. (Nach verbreiteter, aber sachlich unzutreffender Ansicht war 1986 beim Sturz des Diktators MARCOS die Ansammlung von Volksmassen auf der Schnellstraße EDSA, im Norden von Groß-Manila, entscheidend.) Die wesentlichen Vorgänge spielten sich aber ausschließlich in Groß-Manila ab.

ESTRADA blieb aus formaljuristischen Gründen bis zum 23. März von einer

normalen strafrechtlichen Verfolgung verschont, erhielt aber, ebenso wie Familienangehörige, vom Justizministerium Ausreiseverbot. Die Ombudsman-Behörde – eine Art Staatsanwaltschaft zur Bekämpfung von Korruption im öffentlichen Dienst – betrieb jedoch sehr energisch eine Anklageerhebung. Am Ende blieben drei Punkte, über die der *Sandiganbayan* – ein Gericht speziell für Verfahren wegen Korruption im öffentlichen Dienst – zu verhandeln hat:

- „*plunder*“: die Veruntreuung von mehr als 4 Mrd. Pesos (etwa 80 Mio. US\$) im öffentlichen Dienst;
- zu niedrige Angabe seines Vermögens bei der vorgeschriebenen Erklärung zu Beginn seiner Amtszeit;
- die Unterhaltung von Bankkonten unter falschem Namen zum Verbergen illegaler Gelder.

„*Plunder*“ wird mit lebenslanger Haft oder dem Tode bestraft; der Angeklagte kann nicht gegen Kautions auf freiem Fuß bleiben. ESTRADA wurde daher am 25. April verhaftet und zunächst in eine 19 qm große, nicht allzu gut belüftete Gefängniszelle im Polizeihauptquartier in *Camp Crame* (an der EDSA) verbracht. Seine Festnahme löste anhaltende umfangreiche Demonstrationen gegen die neue Regierung aus. Am 2. Mai versuchten ca. 50.000 Demonstranten den Präsidentenpalast zu stürmen, wurden aber zurückgeschlagen (Resultat: 5 Tote, 177 Verletzte). Präsidentin MACAPAGAL-ARROYO griff anfangs hart durch, schwenkte jedoch, als keine akute Gefährdung für sie mehr bestand, auf einen weichen Kurs um.

Nach dem Stand von Mitte November 2001 haben die Gerichtsverfahren zu allen drei Anklagepunkten konkret begonnen. Die Klage zu den Vermögens-

### Ein Bild aus besseren Tagen: Präsident Estrada vor den Vereinten Nationen im September 2000



Quelle: [www.un.org/av/photo/ga/images/phil.jpg](http://www.un.org/av/photo/ga/images/phil.jpg)

angaben ist wegen unpräziser Beschuldigungen vorbehaltlich einer Revision bereits abgewiesen worden. Wie die beiden anderen Urteile ausfallen werden, ist noch nicht erkennbar.

Das Vorgehen gegen ESTRADA hat eine ganze Serie neuer Korruptionsvorwürfe zutage gefördert. Formale Prüfungen laufen derzeit u.a. gegen den „*first gentleman*“ ARROYO, Gatte der Präsidentin, und den Leiter der Ombudsman-Behörde, DESIERTO. Beide bestreiten jede Schuld.

Im „Fall“ ESTRADA zeigt sich eine Reihe von – in dieser Kurzdarstellung nicht überall ausgeführten – für die philippinische Innenpolitik kennzeichnenden Elementen, so: eine erhebliche Korruption auch im öffentlichen Dienst (ein allerdings nicht auf die Philippinen beschränktes Phänomen); eine starke Personalisierung der Politik, die Siegern Zulauf auch von bisherigen Gegnern bringt; die Einbeziehung „der Straße“ in wichtige politische Auseinandersetzungen; eine erhebliche Einmischung der katholischen Kirche in die Politik; die Rolle des Militärs als „Zünglein an der Waage“ in politischen Krisensituationen.

#### Quellen:

*Philippinische Massen-  
berichterstattung*



## Geographische Exkursion Indonesien im August 2001 Anmerkungen zu einem Zwischenfall

**Niklas Gebert**

Erst wenige Tage zuvor waren die 25 Studenten der Universität Bonn in der Hauptstadt angekommen. Mit dem Leitbild „Indonesien - ein Land im Umbruch“ war eine dreiwöchige Exkursion geplant, die die Teilnehmer im Rahmen eines thematisch breit gefächerten Programms über Java nach Kalimantan und Bali führen sollte.

18. August: „Community Based Kampung Improvement“ - unter diesem Programmpunkt sollten die Studierenden am Beispiel der Nichtregierungsorganisation (NRO) „Urban Poor Consortium“ (UPC)<sup>2</sup> die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen im gegenwärtigen Demokratisierungsprozess nach dem Sturz des Suharto-Regimes 1998 betrachten. Zudem sollte bei dem Besuch verschiedener städtischer Armutsquartiere in Jakarta auf die sozio-demographischen Prozesse in einem Entwicklungsland und die verschärfte Situation infolge der Asienkrise eingegangen werden. Zwecks Verträglichkeit und anschließendem Vergleich wurden Kleingruppen gebildet und von Übersetzern und Mitarbeitern des UPC begleitet.

Ein Rundgang meiner Gruppe im Kampung „Karang Anyer“<sup>3</sup> vermittelte erste Eindrücke zur Wohnsituation und Infrastruktur. Der zweite Teil des Besuchsprogramms war dem Gespräch mit den Bewohnern gewidmet und fand in einer für Indonesien typischen gastfreundlichen Atmosphäre statt. Mit Getränken und indonesischen Snacks versorgt, hatten wir im kommunikativen Kreis auf einem Teppich Platz genommen. Durch viele Fragen und die bereitwilligen Antworten der versammelten Männer und Frauen erhielten wir Aufschluss über den Lebensalltag in Karang Anyer. Hier, vor Ort und im erlebten Gegensatz zu den

am Vormittag des Tages besuchten „gated communities“ privilegierter Minderheiten erhielt die theoretische Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Armut ihre vitalen Anhaltspunkte. Umgekehrt zielten die interessierten Fragen der Slumbewohner auf den Vergleich mit der Ausprägung der Armut in Deutschland. Nach dem freundlichen Abschied am frühen Abend wurden sechs der Studenten von zwei Zivilbeamten der Polizei empfangen und festgenommen. Dies war das jähe Ende des Exkursionsprogramms in der indonesischen Hauptstadt und der Beginn einer Kette von Vorwürfen, Rechtfertigungen und diplomatischen Vermittlungsversuchen, begleitet vom

### Aufnahmen aus dem Slumgebiet „Karang Anyer“



regen Interesse der Medien.

### Was war geschehen?

Die Verhöre auf der Polizeistation im Bezirk Zentraljakarta zogen sich bis in die frühen Morgenstunden des nächsten Tages hin. Bis zum Eintreffen von zwei Vertretern der unmittelbar nach der Festnahme von mir verständigten Deutschen Botschaft waren Einzelne von uns äußerst aggressiven Befragungen und Anschuldigungen ausgesetzt. Martin Geiger berichtete: „Ich wurde in einen Raum geführt, in dem vier Polizeibeamte warteten, um ohne eine formale Eröffnung des Verhörs zu lebhaften Beschimpfungen auszuholen: Was wir Deutschen hier überhaupt machten? Die UPC bringe Menschen um und wir seien daran beteiligt. Wie wir dazu kämen, uns in indonesische Angelegenheiten einzumischen!“ Der Grund für unsere Festnahme und die allgemeine Zielrichtung der Vorwürfe wurde somit deutlich: Zwei Tage zuvor hatte eine von der UPC organisierte und offiziell angemeldete Veranstaltung stattgefunden. Sie sollte dem friedlichen Ziel dienen, auf die Rechte der im informellen Sektor tätigen und vom Arbeitsverbot betroffenen Rikschafahrern aufmerksam zu machen und ihren Forderungen öffentlich Nachdruck zu verleihen. Im Verlauf einer anschließenden Demonstration war es unglücklicherweise zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und dem Tod eines Hilfspolizisten gekommen. Die zeitliche Nähe dieser Ereignisse und unseres Besuchskontaktes mit der UPC ließ aus der Sicht der Polizei zunächst auf einen politischen Hintergrund unserer Reise bzw. die Unterstützung gewaltsamer Aktionen schließen. Aufgrund der Chronologie - die Studentengruppe war am Tag der Demonstration noch gar nicht im Land -

ließ sich der Verdacht der Einmischung in interne Angelegenheiten jedoch nicht aufrecht erhalten. Im weiteren Verlauf der in Anwesenheit der Botschaftsvertreter freundlicher geführten nächtlichen Verhöre ging man stattdessen zu dem Vorwurf von Visavergehen über: Für den offensichtlichen Forschungszweck, „a demographical survey in a slum area of *Karang Anyer*“, hätten statt der „illegalen“ Einreise mit Touristenvisa „*Social Visit Visa*“ beantragt werden müssen (siehe Kommentar von Herrn Prof. Dr. ZIMMERMANN). Der mehrfache Versuch der Richtigstellung, dass es sich hier um den Besuch einer Gruppe von Lernenden und nicht um einen Forschungsauftrag gehandelt habe, der im Laufe eines Nachmittags wohl kaum zu erledigen gewesen wäre, stieß bei der Polizei auf taube Ohren.

19. August: Auf der Immigrationsbehörde zeichnete sich nach der Verlesung einer Liste möglicher Bestrafungen für Visavergehen unerwartet eine Entspannung ab

- Passersatzdokumente wurden ausgestellt und die Rückkehr ins Hotel mit der Auflage, die *Jalan Jaksa* nicht zu verlassen, erlaubt. Die Pässe sollten am nächsten Tag abgeholt werden können; der Botschafter gratulierte zu der erreichten Lösung. Die Beruhigung der Situation war jedoch nur von kurzer Dauer: In den indonesischen Medien wurde die Angelegenheit zur „headline“ hochgespielt. Ein möglicherweise bezahlter Aufmarsch von Angehörigen und Kollegen des bei der Demonstration getöteten Polizisten vor der deutschen Botschaft verstärkte den öffentlichen Druck. 20. August: Statt der erwarteten endgültigen Freilassung kam es in erneuten Verhören zum ursprünglichen Vorwurf der politischen Einmischung. Ein Fernsehinterview, von dem wir uns durch die Erklärung des Vorfalls eine Wende ver-

### Schlagzeilen aus indonesischen Zeitungen

## Six German students arrested over visa violations Immigration office to deport six German students

sprachen, verfehlte seine Wirkung. Meine öffentliche Entschuldigung für die entstandenen „Irritationen“ diente den Behörden lediglich als Instrument, um den endgültigen Ausweisungsbeschluss zu rechtfertigen.

21. August: Nach Verhandlungen der Botschaft mit dem indonesischen Außenministerium auf höchster diplomatischer Ebene wurde überraschend die Zustimmung zur Weiterführung der Exkursion erteilt. Mit Blick auf den jedem der sechs Studenten ausgehändigten schriftlichen Bescheid entpuppte sich die gute Nachricht allerdings als „indonesische Lösung“: Vordergründig hatte man dem diplomatischen Ansinnen zwar entsprochen, mit der Beschränkung der Aufenthaltsdauer auf drei Wochen die „*Deportasi*“ jedoch nur aufgeschoben und diese mit einem unbefristeten Einreiseverbot gekoppelt. Ein Kompromiss nach dem „Zwischenfall“?

### Fazit

Auf dem Umweg über den formalrechtlichen Vorwurf des Visavergehens war man zum ungunsten Schluss wieder beim eigentlichen Stein des Anstoßes angelangt und wohl aus diesem Grund erst recht unnachgiebig. In einem Land, das - nach dem Sturz des Suharto-Regimes - am zaghaften und dennoch ermutigenden Anfang demokratischer Entwicklung steht, sind wir „zufällig“ ins Kreuzfeuer der Auseinandersetzung zwischen ohnehin ungleichen Partnern geraten. Gerade deshalb musste sich die Gruppe aber auch der selbstkritischen Frage nach den zuvor wahrnehmbaren Risiken stel-

len: Vor einem politischen Hintergrund, der für die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen bisher noch keine zuverlässige demokratische Basis bieten kann, hätte die Wahl des UPC als Programmpartner überprüft bzw. spätestens nach dem unserem Besuch vorausgegangenen Ereignissen revidiert werden müssen. Wie hatte ein Polizeibeamter mit freundlich-schulterklopfender Geste gesagt? „You have been in the wrong place at the wrong time ...!“

### Erkennungsdienstliche Behandlung



### Fußnoten:

<sup>1</sup> Kampong: abgeleitet von „Dorf“, gemeint sind aber städtische Armutsquartiere unterschiedlicher Ausprägung

<sup>2</sup> UPC: [http://www.urbanpoor.or.id/eng\\_upc/profil.html](http://www.urbanpoor.or.id/eng_upc/profil.html)

<sup>3</sup> Ein Armutsviertel, das sich unter einer Zughochbahnstrecke zwischen einer mehrspurigen Straße in Zentraljakarta befindet.

## Aus aktuellem Anlaß: Feldforschung und Materialiensammlung in Indonesien

**Gerd R. Zimmermann**

In breiter Ausführlichkeit wurde in der 2. Augushälfte 2001 der Fall deutscher Studenten, die in einem Slumgebiet Jakartas angetroffen wurden, in indonesischen Zeitungen und im dortigen Fernsehen diskutiert.

### Researchers call for simpler permit procedures Permit processing for foreign researchers 'easy'

Ihre Zahl und die Anwesenheit von Dolmetschern gab der indonesischen Polizei Anlass zu der Annahme, dass es sich dabei um eine gezielte Informationsbeschaffung handelte. Alle Forschungsvorhaben bedürfen aber der Genehmigung durch die staatliche Wissenschaftsbehörde LIPI, wonach bei positivem Bescheid ein spezielles Visum erteilt wird. Die Studenten waren lediglich mit einem Touristenvisum eingereist. Führten sie tatsächlich eine Untersuchung durch, woran kaum jemand zweifelte, verstießen sie gegen indonesisches Gesetz.

Wer nun Indonesien schon etwas länger kennt, weiß auch, dass man sich – außerhalb der Touristenzentren – nur kurze Zeit unbeobachtet bewegen kann. Die in der Vergangenheit aufgebauten Überwachungsstrukturen reichen bei erstaunlicher Effizienz von verstreuten Langhäusern Kalimantan bis eben zu innerstädtischen Siedlungsblöcken Jakartas. Inzwischen wird auch bei der Materialbeschaffung aus Ministerien und nachgeordneten Behörden fast schon gene-

rell nach der Forschungsgenehmigung gefragt. So können z.B. früher freikäufliche Landnutzungskarten ohne einen solchen LIPI-Freibrief je nach der gerade anwesenden Person überhaupt nicht mehr oder nur nach längeren Erör-

terungen erworben werden.

Obwohl nun in der angefachten Diskussion Forschungstätigkeiten insgesamt klar befürwortet wurden, unterstützte man auch ein – allerdings beschleunigtes – Genehmigungsverfahren.

Neu an der Behandlung war die offene Kritik an LIPI und den vielen innen-, außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsträgern.

Unter ihnen haben nicht nur ausländische, sondern auch indonesische Wissenschaftler zu leiden. So weist E. BUDIWANTI in ihrer 1995 erschienenen Studie über eine Muslim-Minorität auf Bali darauf hin, dass sie für ihre Feldarbeit die Forschungserlaubnis von LIPI und dem Innenministerium benötigte. Und weiter: „The approval of the latter took longer time since it had to go through several other government institutions at lower rank: the Ditjen Sospol (Directorate General of Social

and Politic) in Jakarta, the Provincial government of Bali, the Regency government of Buleleng, the Subdistrict government of Sukasada, and finally the Pegayaman village administration“.

Die verschiedenen Institutionen wurden zudem als ineffizient bis bestechlich gebrandmarkt, ein in der SOEHARTO-Ära undenkbarer Tadel.

So galt dieser langwierige Vorlauf mit ungewissem Ausgang gerade für junge Wissenschaftler oftmals als unzumutbar.

JAKARTA (JP): State Minister for Research and Technology M. Hatta Rajasa said here on Monday that the processing of permits for research activities by foreigners in Indonesia was not as complicated as thought.

Hatta, who has only been at the helm for the past week, reiterated that its procedure is very simple and doesn't take a long time.

He made the remarks in response to the questioning of six German students for alleged immigration violations. The students were here to do a demographical survey in a slum area of Karang Anyar in Central Jakarta.

According to the police, the six were part of a group of 27 students from the University of Bonn who arrived in Jakarta on tourist visas on Friday.

Die Versuchung, mit einem Touristenvisum einzureisen, war deshalb groß.

Ob sich durch die allgemeine Diskussion die Situation bei der Antragsgenehmigung in Zukunft allerdings verbessern wird, bleibt abzuwarten; denn wer in Indonesien etwas erzwingen will stößt nicht nur auf eine „*dinding karet*“ (Gummiwand), sondern wird auch auf eine „*jam karet*“ (Gummistunde) vertröstet.



## Friedensabkommen für Bougainville Erster Schritt in Richtung Unabhängigkeit von Papua-Neuguinea?

Michael Waibel

Von der Weltöffentlichkeit nahezu unbemerkt, haben in diesem Jahr die Regierung Papua-Neuguineas und die Führer der Bougainville-Rebellen in Port Moresby einen politischen Durchbruch für die secessionistische Insel erzielt und ein Friedensabkommen unterzeichnet.

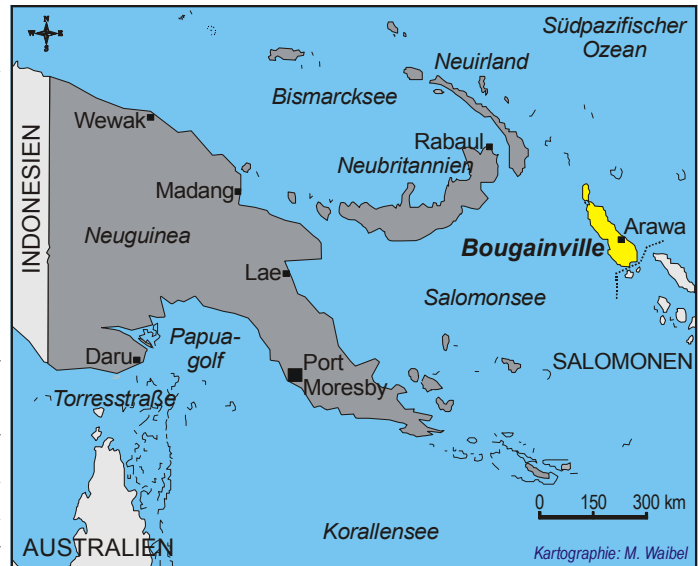
Zuvor war bereits der Rückzug der Nationalen Armee und die Entwaffnung der Rebellen vereinbart worden. Diese Vereinbarung gibt der abtrünnigen Provinz Bougainville weitreichende Autonomie und sieht nach einer langen Übergangsphase (minimal 10 Jahre bis maximal 15 Jahre) die Durchführung eines Referendums vor, in dem über die endgültige Sezession Bougainvilles vom Nationalstaat Papua-Neuguinea entschieden werden soll. Das Friedensabkommen ist Resultat vierer schwieriger Verhandlungsjahre, denen der längste und blutigste Bürgerkrieg im Südpazifik seit dem 2. Weltkrieg vorausging.

Der fast ein Jahrzehnt dauernde Krieg hat – wie eine jüngst von der australischen Regierung veröffentlichte Studie belegt – direkt und indirekt über 20.000 Menschenleben gefordert (bei einer Bevölkerungszahl von gerade mal 160.000 Inselbewohnern). Der militärische Konflikt auf der 8.800 qkm großen Insel hatte sich am Streit um die

vom australischen Bergbauunternehmen *Conzinc Rio Tinto Australia* (CRTA) betriebene Kupfermine *Panguna* entzündet. Diese stellte eine der größten Tagebauminen der Welt dar und bildete in den 70er u. 80er Jahren das

Rückgrat der Volkswirtschaft Papua-Neuguineas. Mit dem Minenbetrieb gingen jedoch erhebliche Umweltzerstörungen einher, die die traditionelle Lebensweise und Existenzgrundlage der indigenen Bevölkerungen massiv gefährdeten. Nachdem der Bergbaukonzern und die Regierung in Port Moresby Forderungen lokaler Landbe-

Überblickskarte: Papua-Neuguinea



sitzer nach Kompensation für die verheerenden Umweltschäden und Einhaltung von Umweltschutzauflagen abgelehnt hatten, wurde von den Rebellen unter Führung von FRANCIS ONA durch fortwährende Sabotageakte seit dem November 1988 die Schließung der *Panguna*-Mine im Mai des folgenden Jahres erzwungen. Während des 17-jährigen Betriebes hatte der riesige Tagebaubetrieb 3 Mio. Tonnen Kupfer, 306 Tonnen Gold und 784 Tonnen Silber erzeugt, was 44 % der gesamten Exporterlöse Papua-Neuguineas in jener Periode entsprach. Ob nach Abschluss des Friedensabkommens die Mine wieder eröffnet wird, ist mehr als fraglich: Im Mai 2001 gab die *Bougainville Copper Limited* (BCL), deren Mehrheitseigner die CRTA ist (auch die Zentralregierung hält einen Anteil von knapp 20 % an dem Unternehmen), bekannt, dass sie sich endgültig von der Insel zurückziehen und ihre Liegenschaften verkaufen will. Der politische Führer der BRA, JOSEPH KABUI, sagte

### Geschichtlicher Abriss:

**Vor 1975:** B. ist nachfolgend unter deutscher, britischer u. australischer Kolonialherrschaft.

**1975:** Papua-Neuguinea (PNG) erlangt die Unabhängigkeit. Die sich geographisch den Salomonen zugehörig fühlenden EW Bougainvilles werden trotz einer kurz zuvor erfolgten Unabhängigkeitserklärung u. eines Appells an die UNO unter die Regierungsverwaltung von PNG gestellt.

**1988:** Der Konflikt eskaliert zu einem Sezessionskrieg. Die Einwohner Bougainvilles organisieren sich in der sog. *Bougainville Resistance army* (BRA) gegen die Armee PNG's.

**1989:** Erzwungene Schließung der *Panguna*-Mine

**1990:** FRANCIS ONA erklärt unilateral die Unabhängigkeit Bougainvilles und richtet das sog. *Bougainville Interim Government* (BIG) ein. Die Zentralregierung verhängt im folg. eine Wirtschaftsblockade und versucht die Insel von der Kommunikation mit der Außenwelt abzuschneiden.

**1992:** Regierungssoldaten fassen in Bougainville wieder Fuß.

**1994:** Von Abgesandten der BIG, der BRA sowie von Regierungsvertretern PNG's und der Solomonen wird ein Waffenstillstabsabkommen geschlossen, das nicht eingehalten wird.

**1996:** Die Zentralregierung startet eine neue Militäroffensive, in deren Verlauf Anfang 1997 sogar eine britisch-südafrikanische Söldnertruppe angeheuert wird

**1997:** Nach langwierigen Verhandlungen schließen Vertreter der Rebellen und der PNG-Regierung in *Burnham* in der Nähe von Christchurch/Neuseeland eine (befristete) Waffenruhe.

**1998:** Abschluß eines permanenten Waffenstillstands im sog. „*Lincoln Agreement on Peace, Security and Development on Bougainville*“. Eine von der australischen Regierung finanzierte und kommandierte 200 Mann starke sog. *Peace Monitoring Group* (PMG) wird nach Bougainville entsandt, um die Einhaltung der Waffenruhe zu kontrollieren.

**2001:** Unterzeichnung eines Friedensabkommens; Endgültige Aufgabe der *Panguna*-Mine.

der von dem Unternehmen verursachten Umweltschäden. Der Konzern dagegen erklärt, er habe 14,5 Mio. US\$ beiseite gelegt, um zu Schaden gekommene Landbesitzer zu entschädigen, koppelt die Auszahlung dieser Summe jedoch an das Zurückziehen der Klage in den USA.

Ob das Friedensabkommen die soziale und wirtschaftliche Ordnung in der einst reichsten und heute ärmsten Provinz PNG's wiederherstellen kann, ist von verschiedenen Faktoren abhängig. Eine wichtige Rolle wird der ‚Vater der Rebellion‘, FRANCIS ONA, spielen. Dieser hat sich an den Friedensverhandlungen seit 1997 nicht beteiligt, da er die Insel seit seiner Unabhängigkeitserklärung von 1990 bereits als befreit betrachtet. ONA wird sich mit den im Rahmen der Autonomievereinbarungen getroffenen Regelungen (die Zentralregierung behält die Kontrolle über das Militär und vertritt die Insel in der Außenpolitik, während Bougainville eine eigene Verwaltung, Polizei, Steuergesetzgebung, Banken und eine eigene Gerichtsbarkeit erhält) nicht zufrieden geben. Er hält als ‚lokaler Potentat‘ jedoch nur die Region um Panguna weiterhin fest unter Kontrolle. Wie groß sein Rückhalt im eth-

nisch keineswegs einheitlichen Bougainville ist, bleibt unklar.

Gleichzeitig spielen ökonomische und politische Interessen der Zentralregierung eine große Rolle. Zwar konnte PNG in den letzten Jahren seine außenwirtschaftliche Abhängigkeit von Mineralöl- und Erzprodukten deutlich verringern sowie beispielsweise auf der Insel *Lihir* neue Vorkommen erschließen. Gewinne aus der *Panguna*-Mine wären natürlich willkommen, sind für die Volkswirtschaft PNG's aber nicht mehr - wie noch in den 70er oder 80er Jahren - essentiell notwendig. Andererseits sieht die Zentralregierung weiterhin die Gefahr, dass andere Inseln dem Beispiel der secessionistischen Bewegung auf Bougainville folgen und ebenfalls versuchen werden, sich vom Nationalstaat abzuspalten. In welchem Ausmaß die Zentralregierung in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren bis zum geplanten Referendum den wirtschaftlichen Gesundungsprozeß und die politische Stabilität auf Bougainville aktiv fördern wird, bleibt abzuwarten. Darüber hinaus wird auch die internationale Staatengemeinschaft eine wichtige Rolle im Unabhängigkeitsprozeß Bougainvilles spielen. Sie kann

über großzügige Entwicklungshilfedienstleistungen (ODA), etwa zum Aufbau der verwüsteten Infrastruktur der Insel, einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Erholung Bougainvilles leisten. Die Ankündigung des australischen Außenministers ALEXANDER DOWNER im Oktober 2001, einen Fond von ca. 2,5 Mio. US\$ einzurichten, über den etwa ehemaligen Kämpfern berufliche Ausbildungsprogramme angeboten werden sollen, kann in dieser Hinsicht nur der erste Schritt sein.

Die größte Herausforderung für Bougainville wird jedoch das Wiederherstellen der inneren Einheit sein. Insbesondere FRANCIS ONA muß als zentrale Figur der Unabhängigkeitsbewegung in den politischen Prozess eingebunden werden. Vielleicht führt die lange Übergangsfrist des Autonomiestatuts ja dazu, dass die Bewohner Bougainvilles das Wie und Ob ihres Unabhängigkeitsdrangs überdenken werden.

#### Quellen:

BÖGE, VOLKER (1998): *Bougainville: Krieg und Frieden im Südpazifik*. In: *Friedensforum* 2/1998. Bonn.

O.V. (2001): *Friedensabkommen für Bougainville*. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 2. Juni 2001.

<http://www.pacificislands.cc/pm122001/>  
<http://www.unpo.org/>

Dr. Michael Waibel (mwaibel@gwdg.de) ist Wissenschaftlicher Assistent an der Abt. für Kultur- u. Sozialgeographie am Geogr. Institut der Universität Göttingen. Die Pazifische Inselwelt stellt einen der regionalen Forschungs- u. Lehrschwerpunkte der Abt. dar.

## Tourismus in Laos und dessen Problematik

**Christiane Heinen**

*Laos ist bis heute das unbekannteste und touristisch unerschlossenste Land Indochinas. Vielleicht liegt es daran, daß das ‚Land der Millionen Elefanten‘ als einziges Land Südostasiens keinen Zugang zum Meer hat, vielleicht auch daran, daß Laos in der Weltgeschichte nie eine große Rolle gespielt hat.*

Das Wahrzeichen von Laos: Der Wat That Luang in Vientiane



*Während Kambodscha und Vietnam aktive touristische Marketingstrategien umsetzen, verhält sich Laos noch etwas zurückhaltend.*

*Noch heute erinnert Laos' Hauptstadt Vientiane mehr an eine Provinzhauptstadt irgendwo in Südostasien: ohne die sonst übliche Hektik, dafür mit wunderschönen Tempeln und Märkten. Luang Prabang in Nordlaos gehört sicher zu den kulturell herausragendsten, die ‚Ebene der Tonkrüge‘*

zu den geheimnisvollsten Reisezielen Südostasiens. Und noch fast völlig unbeachtet ist der Süden des Landes.

Seit Ende der 80er Jahre lädt Laos wieder Touristen ein. Mehr als 10 Jahre war das Land am Mekong ausländischen Besuchern weitgehend verschlossen. Das buddhistische Land kam 1975 unter die kommunistische Herrschaft und grenzte sich von der restlichen Welt weitgehend ab. Seit 1985 bewegt sich Laos auf dem Weg wirtschaftlicher Reformen weg von der zentralen Plan- hin zur Marktwirtschaft. Und dazu gehört auch der Tourismus, der Laos Devisen bringen soll, ohne dabei die nationale Identität zu gefährden. Dem Beispiel des Nachbarlandes Thailand, dessen touristische Entwicklung rasant ging und natürlich auch seine negativen Spuren hinterließ, möchte man nicht unbedingt folgen. Aber auch die eigene Vergangenheit, als die Hauptstadt Vientiane Amüsiermeile und Rotlichtzone der amerikanischen Indochina-Krieger war, läßt das Land vorsichtig sein.

Nicht zuletzt hielten auch das lange Festhalten an der zumindest offiziellen Pflicht zu gebuchten Touren und der lästigen Genehmigungspraxis für Reisen in andere Provinzen Touristen ab. Auf diese Weise erhoffte man sich, Rucksacktouristen fernzuhalten und nur zahlungskräftige Reisende ins Land zu holen und so den negativen Auswirkungen eines ungezügelter Massentourismus zu entgehen. Wenig Touristen, aber auf hohem Niveau – als Vorbild sah die Regierung die Tourismuspolitik von Mauritius. Leider entsprachen die touristische Basis und die Infrastruktur in keiner Weise diesem hehren Anspruch. Dennoch stieg der Tourismus seit der Öffnung im Jahre 1989 kontinuierlich an. Nicht zuletzt die Eröffnung der Freundschaftsbrücke über dem Mekong zwischen Laos und Thailand im April 1994 ließ die Ankünfte steigen. Eine Reihe neuer Hotels entstanden sowohl in Vientiane als auch in Luang Prabang und anderen kleineren Touris-

### Tourist Arrivals to Laos by Nationality by 2000

Country of origin	1995 Number	1999 Number	2000 Number	Change 00/99 (%)
<b>Grand Total</b>	<b>346.460</b>	<b>614.278</b>	<b>737.208</b>	<b>20</b>
<b>Asia and Pacific</b>	<b>314.470</b>	<b>510.703</b>	<b>604.254</b>	<b>18</b>
ASEAN	285.302	446.293	528.353	18
Brunei		704	531	-37
Indonesia	372	2.384	2.403	1
Malaysia	1.061	4.485	4.211	-13
Myanmar	72	3.186	2.086	-47
Philippines	436	3.091	3.452	12
Singapore	722	2.690	2.514	-20
Thailand	233.779	356.105	442.564	24
Vietnam	48.860	71.748	68.751	-14
<b>Non-ASEAN</b>	<b>29.168</b>	<b>66.310</b>	<b>75.901</b>	<b>18</b>
Australia	3.833	10.789	10.168	-17
Cambodia		1.902	1.841	-13
China	4.076	20.269	28.215	39
India	11.396	6.533	3.309	-50
Japan	4.318	14.860	20.687	39
Korea	356	3.786	4.944	31
New Zealand	703	2.117	3.385	60
Taiwan	2.099	2.801	2.940	5
Others	2.378	3.253	2.253	-36
<b>Europe</b>	<b>20.635</b>	<b>68.564</b>	<b>86.462</b>	<b>26</b>
Austria	193	478	1.375	188
Belgium	408	3.157	3.363	7
Denmark	292	2.013	2.855	42
Finland		1.434	1.772	24
France	9.210	19.960	24.534	23
Germany	2.498	9.262	11.580	25
Greece	83	149	139	-30
Italy	1.047	3.258	4.061	25
Netherlands	432	3.686	5.035	37
Norway	207	1.168	1.506	29
Russia		2.258	2.413	5
Spain	139	435	753	73
Sweden	1.002	3.888	3.986	12
Switzerland	754	2.974	3.305	11
United Kingdom	3.090	12.298	15.204	24
Others	1.298	2.144	4.579	114
<b>The Americas</b>	<b>11.019</b>	<b>31.780</b>	<b>42.111</b>	<b>33</b>
Canada	1.868	6.355	8.330	31
Laos (USA)	76			
USA	8.925	24.672	32.869	33
Others	150	753	912	21
<b>Africa and Middle East</b>	<b>336</b>	<b>3.231</b>	<b>4.381</b>	<b>36</b>
Israel		2.191	3.241	48
Others	336	1.040	1.140	13

Source: National Tourism Authority of Lao PDR

tenzentren. Immer neue Reiseziele wurden erschlossen; die Auflage, mit einer organisierten Reisegruppe zu reisen, wurde weitgehend abgeschafft. Die Visaerteilungen lockerten sich weitgehend – auch wenn es ab und an noch Restriktionen gibt. Eine offenere Politik ließ ebenfalls ausländische Investoren in der Reiseindustrie zu. Mittlerweile haben sich einige internationale Hotels gehobener Kategorie angesiedelt. Neue

Grenzübergänge zu den Nachbarländern wurden geöffnet und neue internationale Flugverbindungen aufgenommen.

Die Anzahl der Touristenankünfte verdoppelte sich zwischen 1995 und 2000 (vgl. Tabelle). Die wichtigste Herkunftsregion sind die ASEAN Länder – insbesondere Thailand. Ungewöhnlich ist dieses Verhältnis nicht: unternehmen doch viele Thais kleine Exkursionen ins Nachbarland. Ankünfte aus Deutschland spielen eher eine unbedeutende Rolle. Die meisten Besucher aus Europa kommen aus Frankreich.

Dennoch zeigt sich, daß der internationale Tourismus (die ASEAN Staaten ausgenommen) eine noch sehr untergeordnete Rolle spielt. Auch das *Visit Laos Year 2000* erzielte nicht den erwünschten Erfolg: fehlende Marketingkonzepte und eine nicht ausreichende Infrastruktur waren die Ursachen.

So daß, trotz aller anfänglichen Maßnahmen oder auch Versuche, den Tourismus in der gehobeneren, gelenkten Form zu halten, sich Laos dann doch zu einer beliebten Destination für Rucksackreisende entwickelte. Thailand-Müde Traveller zieht es immer mehr auf der Suche nach neuen, abgelegenen Pfaden in das Nachbarland Laos.

Leider entwickelte sich im Zuge des Rucksacktourismus auch ein sogenannter Drogentourismus – insbesondere in der in Nordlaos gelegenen Provinz Luang Namtha. Die Provinz ist von Gebirgen und Hochland bedeckt und Heimat von über 30 ethnischen Minderheiten und somit die Provinz mit der größten Vielfalt verschiedener Volksgruppen. In Laos' nördlichen Bergvölkern ist der Opiumanbau und die Anwendung dieser Droge als Naturmittel traditionell verankert. Offiziell ist der Anbau heute von der laotischen Regierung verboten. Doch das ständige Bemühen, den traditionellen Anbau an Mohn zur Opiumgewinnung einzudämmen, trifft auf eine Reihe von wirtschaftlichen Problemen für die Bergbevölkerung – bei entsprechenden

Ersatzkulturen wie Obst und Gemüse, die eine wesentlich höhere Produktmenge haben, stellt sich die Frage nach Transportmöglichkeiten in die potentiellen Verbrauchergebiete in der Ebene sowie nach der Verarbeitung. Versuche der Umsiedlung der Hochlandbewohner in niedrig gelegene Gebiete, in denen der Anbau anderer Kulturen möglich wäre, stießen auf heftige Proteste.

So bietet das Interesse der Backpacker nach ‚preisgünstigen‘ Drogen den Bergdörfern ein lukratives Geschäft. Obwohl harte Strafen auf den Anbau, den Handel und den Besitz von Opium drohen, gibt es derzeit kaum polizeiliche Kontrollen in den Gebieten. Einige Backpacker verweilen mehrere Wochen in den Dörfern und konsumieren Drogen. Die sozio-kulturellen Auswirkungen sind verheerend: die westlichen Jugendlichen animieren ihre laotischen Altersgenossen ebenfalls zum Konsum. Traditionell wird die Droge nur als Heilmittel und nicht als Rauchmittel eingesetzt. Viele junge Bergbewohner sind süchtig und arbeiten nicht mehr.

Um dieser Problematik entgegenzuwirken sind einige Projekte von NGOs in Zusammenarbeit mit der Regierung ins Leben gerufen worden. In diesem Zusammenhang werden verschärfte Aufklärungskampagnen durchgeführt, um sowohl Einheimische als auch Reisende auf die negativen Auswirkungen des Drogenkonsums aufmerksam zu machen. Überall findet man in Laos' Norden Plakate. Außerdem werden Broschüren verteilt, die vor dem Konsum abschrecken sollen. Mittlerweile versucht man den Dorfbewohnern alternative Kultivierungsmöglichkeiten näher zu bringen.

Das derzeit wichtigste Projekt wird von der UNESCO in Zusammenarbeit mit der laotischen Tourismusbehörde (*National Tourist Authority of Laos*) durchgeführt. Es handelt sich hierbei um ein Pro-

### Dorfbewölkerung der Hmong-Minderheit



jekt in Luang Namtha zur Unterstützung des Ökotourismus. Das *Nam Ha Ecotourism Project* wird überwiegend von Geldern aus Neuseeland finanziert. Folgende Ziele hat das Projekt:

- 1) Es muß gewährleistet sein, daß der Tourismus zum Schutze des natürlichen und kulturellen Erbes beiträgt.
- 2) Eine Beteiligung der ansässigen Gemeinschaft an der touristischen Entwicklung muß gewährleistet sein um die Rechte der indigenen Bevölkerung zu schützen.
- 3) Den Mitgliedern der lokalen Gemeinde muß ein ausreichendes Training für den Tourismus gewährt werden.
- 4) Öffentliche und private Sektoren müssen in das Projekt mit einbezogen werden.

(Nam Ha Ecotourism Project Informationsbroschüre)

Das Projekt bezieht sich in erster Linie auf das 222.400 Quadrathektar große Nam Ha Naturschutzgebiet, das 1993 eingerichtet wurde und eine große Vielfalt von exotischen Vögeln, Säugetieren und Pflanzen aufweist. Folgende Aktivitäten sind Inhalt des Projektes:

- 1) Aktive Teilnahme der lokalen Bevölkerung: Durch Seminare werden den Einheimischen Fragen zum Tourismus und dem Umgang mit den Touristen, zu Möglichkeiten zur Verbesserung der Einkommensstruktur und zur Bedeutung des natur- und soziogeographischen Potentials der Region beantwortet.
- 2) Bewahrung der kulturellen Identität: Durch kulturelle Veranstaltungen und durch das Verteilen von ausführlichen Broschüren über die einzelnen Minoritäten sollen dem

Besucher die Traditionen der Region nähergebracht werden.

3) Trainingsprogramme: Diverse Kurse, zu denen Englischkurse, Ausbildung zum Guide und ein Hospitality Management Training gehören, werden den Einheimischen offeriert.

4) Ausarbeitung von Trekkingtouren: In Luang Namtha wurde die erste laotische Trekkingroute ausgearbeitet. Zum Trekken muß eine Genehmigung beantragt werden.

(Nam Ha Ecotourism Project Informationsbroschüre)

Durch das *Nam Ha Ecotourism Project* ist ein sinnvoller Ansatz zu einer nachhaltigen Entwicklung des Tourismus in Laos, speziell in den nördlichen Bergregionen, gegeben. Allerdings dürfte es noch harte Überzeugungsarbeit benötigen, die Einheimischen vom schnellen Geschäft mit den Drogen abzubringen. Das Einrichten von weiteren Projekte dieser Art wäre da von Vorteil.

Nicht zuletzt müsste sich da auch die Einstellung der Rucksackreisenden ändern. Somit wären auch Kampagnen in den entsprechenden Herkunftsländern sinnvoll.

Im Allgemeinen sollte die *National Tourist Authority Laos* ihre Tourismusmarketingstrategien und den Ausbau der Infrastruktur verstärken. Einige Hemmnisse liegen da wohl noch auf politischer Ebene. Hier bedarf es einer Lokalisierung, um das Land im internationalen Tourismus mehr zu vermarkten.



## Was sich begegnet gleicht sich an: Singapurs Strategie zur Integration seiner multi-ethnischen Bevölkerung

Ulrich Zur-Lienen

### Gesellschaftliche Heterogenisierung als globaler Trend

Die Globalisierung stellt ein aktuelles Leitbild auch der zunehmenden sozialen und ethnischen Heterogenisierung der Gesellschaften der Erde dar. Mehr und mehr gewinnt das individuelle Merkmal der ethnischen Herkunft - definiert über den Phänotyp- auf den wichtigen gesellschaftlichen Integrationsarenen des Ausbildungs-, Berufs- und Wohnungsmarktes, die über gesellschaft-

liche Inklusion oder Exklusion entscheiden, an Bedeutung (DANGSCHAT 1998: 21). Die US-amerikanische Gesellschaft prägt das Leitbild „Globalisierung“, während die europäischen Gesellschaften dem amerikanischen Vorbild zu folgen scheinen, aber versuchen, dessen zentrales Problem, eine sozio-ökonomisch und ethnische Polarisierung abzuwehren. Als zentrales Element für soziales Auseinanderdriften wird gerne die residentielle Segregation hervorgeho-

ben. Strategien zur residentiellen Integration bleiben jedoch aus und die Frage, ob wirklich sie das wirksamste Instrument für ethnische und soziale Integration ist bleibt ungestellt.

In Singapur, der *Global City*, wird das Modell der staatlich verordneten residentiellen Integration betrieben. Hier greift der Staat über das Leitbild des *Nation Building* dezidiert in den Integrationsprozess seiner ethnisch und sozio-ökonomisch gemischten Bevölkerung ein. So ermöglicht das singapurische Modell jenseits des bekannten US-amerikanischen Vorbilds einen interessanten Einblick in Grenzen und Möglichkeiten des *Social Engineering*. Ein DFG-Projekt am Geographischen Institut der Uni Duisburg soll auf qualitativer Ebene das residentielle Integrationsmodell Singapurs analysieren. Der folgende Beitrag veröffentlicht einen kleinen Ausschnitt der Ergebnisse der ersten Projektphase, die zunächst quantitative Tatbestände des residentiellen Integrationsmodells aufgenommen hat.

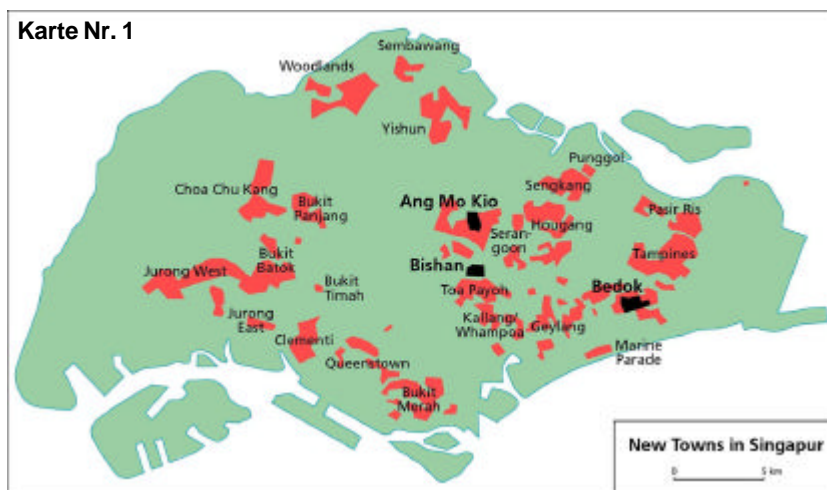
### Ethnisches Miteinander Singapurs

Als SIR STAMFORD RAFFLES von der British East India Company 1824 das neuzeitliche Singapur gründete, umfasste dies nur einige hundert Einwohner, die sich aus einem einheimischen Seevolk sowie malaiischen und chinesischen Dorfbewohnern zusammensetzten (LAI 1995: 15). Singapur sollte der britischen Kolonialmacht als reiner Handelsplatz dienen, so dass schon Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts der Handel in Ostasien über Singapur abgewickelt und ein massiver Zustrom von Arbeitsimmigranten aus (Süd-)China, (Süd-)Indien, Java und dem malaiischen Hinterland initiierte werden konnte (DERS.: 16). Die britische Kolonialpolitik vollzog seit Beginn eine starke Trennung der Ethnien, sowohl auf den Wohnstandort als auf den Arbeitssektor bezogen. Die Immigranten stützten diese Trennung durch ihre Präferenz in Kontakt zu Vertrautem zu leben. So entstanden getrennte Siedlungseinheiten, deren Einwohnerschaft nach Herkunft, Abstammung, Kultur, Sprache und Religion relativ homogen war. Chinesische Immigranten siedelten in erster Linie westlich des Zentrums in Telok Ayer (*Hokkien-Chinesen*), Kreta Ayer (*Cantonese-Chinesen*) und am Boat Quay (*Teochew-Chinesen*), indische Immigranten vornehmlich nördlich des Zentrums an der Serangoon Road (heutiges *Little India*), während malaiische Immigranten nordöstlich des Zentrums in ihren *Kampongs* (Dörfern) hauptsächlich in Geylang an der Ostküste ansässig waren (Ooi 1993: 5). Auf dem Arbeitsmarkt wurden Chinesen in erster Linie Transport- und Handelstätigkeiten im Rahmen des Hafenbetriebs zuteil, Inder waren vornehmlich in der (Kolonial-)Verwaltung und im Bausektor beschäftigt, während Malaien in ihren *Kampongs* verbleibend, landwirtschaftlich tätig waren oder gering bezahlte Kleintätigkeiten übernahmen (VAN GRUNSVEN 2000: 96, LAI 1995: 154). Soziale Beziehungen und Orientierungen waren auf Sippen und *Clans* ausgerichtet, interethnische Kontakte entsprechend stark beschränkt und lediglich auf den Marktplätzen gegeben (LAI 1995: 128). Bereits 1836 erlangten die chinesischen Immigranten die numerische Mehrheit, seit dem sind die ethnischen Anteilsverhältnisse gleichbleibend, so dass sich die heutige singapurische Bevölkerung aus 76,9 % Chinesen, 14 % Malaien, 7,7 % Indern und 1,4 % unterschiedlicher Minoritäten wie Eurasiern, Arabern, Japanern und Europäern zusammensetzt (SINGAPORE DEPARTMENT OF STATISTICS 2000: 25, LAI 1995: 15).

Nach Abzug der Briten 1959 und gleichzeitiger Erlangung innerer Autonomie gründete Singapur mit Malaya 1963 die Malaysische Föderation, aus der es aber bereits 1965 wieder entlassen wurde. Anlass dafür waren die größten und längsten ethnischen Ausschreitungen Singapurs zwischen Chinesen und Malaien, die mit 36 Toten und 563 Verletzten endeten (LAI 1995: 130). Ihr Hintergrund ist in den Spannungen zwischen malaiischer und chinesischer Bevölkerung zu sehen, die aus der gegenseitigen Angst vor Übermacht der anderen Ethnie, auf der einen Seite vor politischer Vorherrschaft mittels religiös-islamischer Bewegung der Malaien auf der anderen Seite vor politischer Vorherrschaft mittels wirtschaftlicher Dominanz der Chinesen resultieren (DERS.: 130). Politiker forcierten diese Spannungen, indem die Ängste geschürt und die benachteiligte sozio-ökonomische Lage der Malaien hervorgehoben wurde (DERS.: 130). Angesichts ethnischer Segregation und dieser Konflikte sowie plötzlicher Staatswerdung 1965 entwickelte die seit 1959 regierende PAP (*People's Action Party*) über das Leitbild des *Nation Building* für Singapur die Politik des *CMIO-Multiracialism*. Diese zielt nicht auf Assimilation, sondern auf den rechtlichen Schutz ethnischer, kultureller, sprachlicher und religiöser Diversität. Dieser Diversität wird jedoch ein *Chinese-Malay-Indian-Others*-Rahmen auferlegt, so dass die tatsächlich weitergehende intraethnische Diversität auf Kosten der Vereinheitlichung zu vier ethnischen Gruppenidentitätsvorgaben verdrängt wird. Im weiteren wird dieser ethnischen, auch privaten Identität (ethnische Diversität) eine öffentliche singapurische Identität (nationale Einheit) auferlegt (DERS.: 125). Diese öffentliche singapurische (Nation-)Identität ist letztlich das ethnische Zusammenleben nach CMIO-Muster, besteht also aus dem harmonischen Lebensmiteinander der multi-ethnischen Gemeinschaft selbst.

### Integrationsmodell Singapurs

Zentrales Instrument des *Nation Building* ist das Modell der residentiellen Integration. Zu seiner Verwirklichung wurden in den 60er und 70er Jahren großflächig Wohnviertel und *Kampongs* abgerissen und an ihrer Stelle Großwohnsiedlungen (*New Towns*) oder Neubauviertel (*Estates*) des öffentlichen Wohnungsbaus unter Federführung der staatlichen Baubehörde HDB (*Housing and Development Board*) errichtet. Die neuen Wohnungen wurden nach CMIO-Ethnienzugehörigkeit so vergeben, dass ein räumliches Nebeneinander der CMIO-Ethnien innerhalb eines Wohnblocks, der durchschnittlich 130 Wohn-



einheiten umfasst, geschaffen wurde. Grundlegendes Mittel der ethnischen Integrationspolitik ist somit allein die Schaffung eines wohnlichen Nebeneinanders der Ethnien, daneben existieren noch ethnische Regelungen bezüglich der Schulen der Wohnsiedlungen sowie eine staatliche Massenfreizeitorganisation, die ethnisches Zusammenleben nach Regierungsvorstellung fördern soll (Oor 1993: 10). Bis heute wurde am Bau von *HDB-New Towns* festgehalten, so dass mittlerweile die Mehrheit von 86 % in Singapur derartige Siedlungen bewohnt (HDB 2000: 68). Mit später folgender Umwandlung der HDB-Wohnungen von Miet- zu Eigentumswohnungen - mittlerweile sind ca. 96 % der HDB-Bewohner Wohnungseigentümer - durfte sich ein privater Verkaufsmarkt gebrauchter HDB-Wohnungen (*Resale Market*) etablieren, der keinerlei ethnisch bezogenen Zuteilungsregelungen unterlag (HDB 2000: 68). Diese Möglichkeit löste in den 80er Jahren eine sehr rege Verkaufstätigkeit aus, die laut Regierungsangaben eine Tendenz zur ethnischen Segregation beinhaltet und ohne staatliches Eingreifen den einst über Neuvergabe erzeugten ethnischen Mix aufzuheben drohte. Aus dieser Ansicht heraus trat im März

1989 zur Unterbindung ethnischer Enklavenbildung die *Ethnic Integration Policy* (EIP) in Kraft, eine bis heute gültige Regelung für den HDB-Wohnungsmarkt, die eine Einhaltung ethnischer Quoten auf zwei räumlichen Ebenen, der *HDB-Neighbourhood* (einer Untereinheit der *New Town*, durchschnittlich 50 Wohnblöcke umfassend) und dem HDB-Wohnblock vorsieht. Es bedeutet konkret, dass jede *Neighbourhood* und jeder Wohnblock der HDB-Siedlungen pro CMIO-Ethnie nur bis zu einem bestimmten prozentualen Limit belegt werden darf. Zur Einhaltung der ethnischen Limits wird lediglich ein Computerprogramm herangezogen, das monatlich aktualisiert auch telephonisch Auskunft über den Status eines jeden HDB-Wohnblocks gibt. Laut HDB hat die EIP dazu geführt ethnische Ungleichgewichte in den öffentlichen Wohnsiedlungen zu verhindern und dabei das Regierungsziel der Schaffung einer integrierten, zusammenhaltstärkeren Gesellschaft erreicht. Noch 1989 haben bis zu 30 % der *HDB-Neighbourhoods* ethnische Limits erreicht, gegenwärtig sind es nur um die 17 %; ein zahlenmäßiger Erfolg, der die Regierung zu keinerlei Plänen veranlasst, die EIP zurückzuziehen. Allein

dem System der EIP sind aufgrund Beibehaltung der Mehrheits-/Minderheitsproportion bei den Limits eine Reihe von Benachteiligungen immanent, u.a. dass Inder und Andere sowie Malaien in keinem HDB-Wohnblock Singapurs in mehrheitlicher Umgebung ihrer eigenen Ethnie wohnen werden können. Zudem dürfen, sobald ein Wohnblock ein ethnisches Limit für Chinesen erreicht hat, die malaiischen, indischen und anderen Bewohner des Wohnblockes ihre Wohnung nicht an Chinesen verkaufen, und können somit ihre Wohnung nur auf einem deutlich kleineren Markt der Minderheiten Singapurs anbieten als ihre chinesischen Mitsingapurer, denen der Markt der Mehrheitsbevölkerung immer offen ist.

### Empirische Untersuchungen

Das DFG-Projekt hat bis dato die reale Umsetzung des residentuellen Integrationsmodells insbesondere auf der Meso- und Mikroebene analysiert. So war zu klären, was residentielle Integration jenseits von Quoten in der Realität der HDB-Wohnsiedlungen bedeuten kann. Es wurden zunächst für drei *Neighbourhoods* unterschiedlicher *New Towns*, denen eine spezifische ethnische Dominanz zugeschrieben wird die ethnischen Limits aller reinen Wohnblöcke per Telefon ermittelt (vgl. Karte 1 & 2). Auffällig an diesen Ergebnissen ist, dass Wohnblöcke mit einem Limit für Malaien nur in Be-dok, der *New Town* in der historisch malaiischen Siedlungszone, aufzufinden sind. Zudem fällt in Bedok der Anteil chinesisch limitierter Wohnblöcke deutlich kleiner aus. Der Vergleich der drei *Neighbourhoods* untermauert den Trend, dass ethnische Gruppen nach wie vor stärker in für sie klassische Gebiete drängen und im Rahmen der EIP auf dieser räumlichen Ebene ethnische Ungleichverteilung möglich ist. Wie Karte 2 exemplarisch zeigt, liegen Wohnblöcke desselben ethnischen Limits in allen drei *Neighbour-*

**Tab. Nr. 1: Ethnische Quoten der EIP**

Ethnische Gruppe	Block Limit	Neighbourhood Limit	Nationaler Prozentwert
Chinesen	87 %	84 %	77 %
Malaien	25 %	22 %	14 %
Inder und Andere	13 %	10 %	9 %

hoods deutlich überwiegend in unmittelbarer Nachbarschaft zueinander. Die ethnischen Gruppen scheinen hier stärker auf gemeinsame Punkte auch innerhalb der *Neighbourhood* zu steuern.

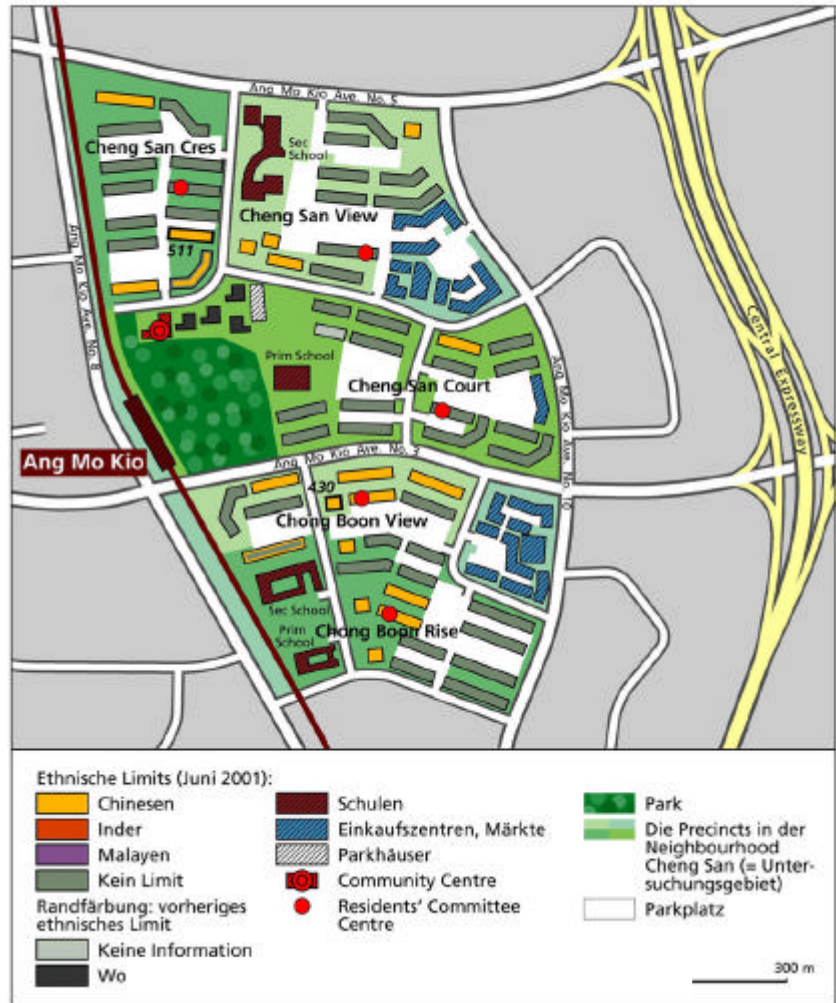
Des Weiteren fand eine Auswahl von je zwei ethnisch limitierten Wohnblöcken der drei *Neighbourhoods* statt. Die Haushalte der Wohnblöcke wurden mittels Befragung quantitativ aufgenommen.

Die Ergebnisse zeigen, dass die ethnischen Obergrenzen der EIP auf Blockbasis mit einem leichten Überhang eingehalten werden. Auffällig hierbei: Die Werte bei den für eine ethnische Gruppe nicht limitierten Wohnblöcken fallen deutlich niedriger aus als bei den für sie limitierten. Dadurch entsteht die Situation, dass in den Wohnblöcken Ang Mo Kios die reale Anzahl nicht-chinesischer Bewohner im Vergleich fast verschwindend gering ist, was deutlich entfernt von einer ethnischen Gleichverteilung auf Blockbasis ist. Andererseits bleibt bedingt durch hohen nationalen Prozentwert und EIP-Quotierung der Anteilswert für Chinesen auch in den für sie nicht limitierten Wohnblöcken stets über dem der übrigen Ethnien. So liegt der chinesische Anteil in Bedok immerhin noch etwa zwei- bis dreimal so hoch wie der Malaiische, während in Bishan der malaiische Anteil unter oder gleich dem der Inder und Anderer sein kann.

Die räumliche Umsetzung der Ergebnisse lässt die ethnische Verteilung auf der Mikroebene erkennen, d.h. auf der Ebene Nachbarschaft des direkten Nebeneinanders zu einem bis maximal zwei Haushalten und Nachbarschaft auf dem Etagenflur zu drei bis maximal 15 Haushalten. Zudem lassen sich ethnische Kontaktmöglichkeiten auf den Wohnungszugangswegen, d.h. den Treppenhäusern und Aufzügen einschätzen.

Zeigen vier der Wohnblöcke des Projekts viele räumliche Situationen ethnischen Nebeneinanders (vgl. Tab. Nr. 4), so heben sich die zwei Wohnblöcke Ang Mo Kios deutlich durch ihre Vielzahl eth-

**Karte Nr. 2 Ang Mo Kio New Town (Ausschnitt):  
Ethnische Limits in der Neighbourhood Cheng San auf Blockbasis**



Quelle: Eigene Erhebung; Kartographie: H. Krähe

nisch einheitlich chinesischer Situationen ab (vgl. Tab. Nr. 3). Jeder Wohnblock weist natürlich direkte Nachbarschaften unterschiedlicher Ethnien auf, die in Ang Mo Kio im Vergleich zu den übrigen Wohnblöcken jedoch nur vereinzelt vorliegen. Direktnachbarschaften einheitlich malaiischer, indischer oder anderer Ethnie sind deutlich weniger vertreten als die einheitlich chi-

nesischer Ethnie. Beispielsweise liegen die wenigen indischen Haushalte des Wohnblocks I derart dispers, dass sie miteinander keine Direktnachbarschaften bilden. Ebenso verhält es sich bezüglich der Nachbarschaften auf dem Etagenflur, von denen in Ang Mo Kio relativ viele chinesische Enklaven sind, während zahlreiche der übrigen Wohnblöcke ethnisch gemischt sind. Dennoch finden sich

**Tab. Nr. 2: Ethnienverteilung in den Wohnblöcken des Projekts nach CMIO-Einteilung**

New Town	Ang Mo Kio		Bedok		Bishan	
Neighbourhood	Cheng San		Kampong Chai Chee		Bishan East	
Ethnisch limitiert für...	Chinesen		Malaien		Inder & andere	
Blocknummer	I	II	III	IV	V	VI
Haushalte	110 (100%)	96 (100%)	176 (100%)	151 (100%)	96 (100%)	115 (100%)
...davon im Mai 2001						
Chinesisch	89 %	79 %	62 %	63 %	69 %	68 %
Malaiisch	1 %	2 %	28 %	22 %	4 %	6 %
Indisch u. anderer	4 %	8 %	8 %	5 %	10 %	14 %
Keine Angabe	6 %	11 %	2 %	10 %	11 %	11 %



Tab. Nr. 3: Ethnienverteilung im Wohnblock I des Projekts nach CMIO-Einteilung

- 11 Etagen																
6	C	T	C	C	T	C	C	T	C	C	T	C	C	T	C	
5	C	T	C	C	T	C	C	T	Liftstop	?	C	T	C	C	T	C
4	C	T	I	C	T	C	C	T	T	C	C	T	C	C	T	C
3	C	T	C	C	T	C	C	T	T	I	C	T	C	C	T	C
2	C	T	C	C	T	C	C	T	T	C	C	T	?	C	T	?
1	C	T	I	M	T	C	C	T	T	C	C	T	C	C	T	?
E	Haushalte...								Liftstop							
	...chinesisch C		...indisch I		...andere O		Treppenhaus T		...malaiisch M		Kein Kontakt ?					

Tab. Nr. 4: Ethnienverteilung im Wohnblock III des Projekts nach CMIO-Einteilung

- 11 Etagen																									
6	C	T	M	M	T	M	C	T	C	?	T	C	C	T	C	M	T	O	C	T	C	C	T	C	
5	C	T	C	C	T	C	C	T	C	C	T	Liftstop	C	C	T	C	I	T	C	I	T	C	C	T	I
4	C	T	M	M	T	C	M	T	C	C	T	T	C	M	T	C	M	T	M	C	T	C	C	T	M
3	C	T	C	C	T	C	M	T	I	M	T	T	?	C	T	C	C	T	C	I	T	?	C	T	M
2	M	T	C	C	T	M	M	T	C	M	T	T	I	C	T	C	I	T	M	M	T	C	M	T	C
1	M	T	M	C	T	M	M	T	C	M	T	T	C	C	T	C	M	T	C	C	T	M	C	T	C
E	Haushalte...								Liftstop																
	...chinesisch C		...indisch I		...andere O		Treppenhaus T		...malaiisch M		Kein Kontakt ?														

Quellen: Eigene Erhebung (Tab. 2-4).

auch in den übrigen Wohnblöcken mehrere Nachbarschaften von Kleinfluren (bis 4 Haushalte) und Flurabschnitten bis zum nächsten Aufzugshalt, die ethnisch einheitlich chinesisch sind. Auffällig ist, dass kein Wohnblock Flurnachbarschaften rein malaiischer, indischer oder anderer Ethnie aufweist, ethnisch homogene Flurnachbarschaften sind hier lediglich chinesisch.

Die ethnische Zusammensetzung auf Ebene der Treppenhäuser ähnelt den Ergebnissen zu den Flurnachbarschaften. Für alle Haushalte der Wohnblöcke ist die Möglichkeit gegeben auf ihrem Wohnungszugangsweg, sei es nicht auf dem Etagenflur oder im Treppenhaus, aber letztlich doch im Aufzug einer anderen Ethnie aus dem Wohnblock zu begegnen. Diese Begegnungswahrscheinlichkeit entspricht dabei natürlich dem Muster vorheriger Raumebenen; in den Wohnblöcken Ang Mo Kios niedrig, in den übrigen Wohnblöcken hoch.

**Fazit & Vorhaben**

Fazit bleibt: Das residentielle Integrationsmodell Singapurs bietet auf der Mikroebene durchaus ethnisch sehr gemischte/integrative Situationen an, zeigt aber, dass ethnische Enklaven auch auf dieser möglich sind. Dass diese in den Ergebnissen nur für die chinesische Ethnie ausfindig zu machen sind, verwundert oder mag ein wenig den Kommentar MARCUSE/VAN KEMPENS zu den Absichten der ethnischen Integrationspolitik Singapurs untermauern: „It was the policy very similar to that of the south in the United States in the days of slavery, when „the basic housing custom was to keep the Negroes divided; to require that slaves live with their masters or their agents; to spread the blacks throughout the town; to prevent concentration of colored people free from the control of whites (WADE 1964: 11-12).“ (MARCUSE/VAN KEMPEN 2000: 274)

Für das DFG-Projekt bleibt folglich zu klären, ob ein räumliches Nebeneinan-

der der Ethnien allein ausreicht, um eine ethnisch und sozial integrierte Gesellschaft und neue Nation als Wertegemeinschaft zu formen („Was sich begegnet gleicht sich an?“: Fraglichkeit der Kontakthypothese, vgl. DANGSCHAT 1998). Zu analysieren bleibt, wie in der Realität der HDB-Wohnsiedlungen ethnische und soziale Integration von den Bewohnern auch gelebt wird, d.h. welche individuellen Segregations- oder Integrationsstrategien (Wegenetze, Kommunikations- und Interaktionsarten etc.) sie entwickelt haben und welche Rolle der Faktor „Raum“ dabei tatsächlich spielt.

**Literaturverzeichnis**

Dangschat, J. S. (1998): Warum ziehen sich Gegensätze nicht an? Zu einer Mehrebenen-Theorie ethnischer und rassistischer Konflikte um den städtischen Raum. In: Heitmeyer, W., Dollase, R., O. Backes (Hg.): Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben. Frankfurt am Main: 21-96.

HDB (Housing and Development Board)(2000): HDB Annual Report 1999/2000. Singapore.

Lai, A. E. (1995): Meanings of Multiethnicity: A Case Study of Ethnicity and Ethnic Relations in Singapore. Kuala Lumpur.

Marcuse, P., R. van Kempen (2000): Conclusion: A Changed Spatial Order. In: Marcuse, P., R. van Kempen (eds.): Globalizing Cities: A New Spatial Order? Oxford: 249-275.

Ooi, G. L. (1993): The Housing and Development Board's Ethnic Integration Policy. In: Ooi G. L., Siddique, S., K. C. Soh: The Management of Ethnic Relations in Public Housing Estates. Singapore: 4-24.

Singapore Department of Statistics (2000): Yearbook of Statistics 2000. Singapore.

Van Grunsven, L.(2000): Singapore: The Changing Residential Landscape in a Winner City. In: Marcuse, P., R. van Kempen (ed.): Globalizing Cities: A New Spatial Order? Oxford: 95-126.

Ulrich Zur-Lienen [zur-lienen@uni-duisburg.de] hat Geographie mit den Nebenfächern Städtebau/Kulturtechnik und Kartographie an der Universität Bonn studiert. Zur Zeit ist er Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geographie der Universität Duisburg, Lehrstuhl Prof. Dr. Flüchter und Bearbeiter des DFG-Projekts „Öffentlicher Wohnungsbau und Stadtentwicklung in Singapur“.



## Singapur Wasser für den Stadtstaat

**Rolf Jordan**

Ein ca. 1,5 Kilometer langer Damm über den *Johor Strait* verbindet die südostasiatische Metropole Singapur mit der Stadt Johor Bahru auf dem malayischen Festland. Über den *Causeway* führen neben einer Bahnlinie und einer mehrspurigen Straße auch Pipelines, die den Stadtstaat mit Wasser versorgen. [BILD] Noch immer stellen diese Pipelines eine der wichtigsten Versorgungsadern der Millionenmetropole dar, auch wenn Singapur seit Ende der achtziger Jahre verstärkt bemüht ist, neue Quellen zur Deckung des steigenden Wasserbedarfs zu erschließen. Hierzu zählen Lieferabkommen mit dem südlichen Nachbarn Indonesien ebenso wie die Entwicklung neuer Technologien zur Gewinnung von Trinkwasser.

### **Wasser aus Johor**

In den neunziger Jahren deckte der Stadtstaat etwa 50 % des Wasserbedarfs aus Lieferungen aus dem benachbarten Johor. So importierte Singapur 1997 etwa 1,5 Milliarden Liter Rohwasser aus Malaysia, von denen gleichzeitig ca. 150 Millionen Liter als aufbereitetes Trinkwasser wieder nach Malaysia zurückgepumpt wurden. Die Wasserversorgung aus Malaysia geht auf zwei Verträge zurück, die 1961 und 1962 zwischen Singapur und Kuala Lumpur geschlossen wurden. Das 1961 abgeschlossene Abkommen, das noch bis 2011 in Kraft ist, ermöglicht dem *Public Utilities Board* (PUB) Singapurs die Entnahme von Rohwasser aus den Flüssen *Tebrau* und *Scudai* sowie aus den *Catchment Areas* von Pontain und Gunong Pulai im Bundesstaat Johor. Das 1962 abgeschlossene Abkommen, dessen Laufzeit 2061 beendet sein wird, erlaubt darüber

hinaus dem PUB die Entnahme von Wasser aus dem Johor River (DUPONT 1998).

Seit 1998 laufen bereits wieder Verhandlungen zwischen den Regierungen in Kuala Lumpur und Singapur über eine Verlängerung der bestehenden Lieferabkommen über das Jahr 2061 hinaus (POHL 1998), an denen einmal mehr die anhaltenden politischen Spannungen zwischen den beiden Ländern abzulesen sind. „Die Abhängigkeit Singapurs von malaysischen Wasserlieferungen bleibt für die Führung des Stadtstaates auch heute eine Bedrohung seiner souveränen Außenpolitik, auch wenn die Führung in Kuala Lumpur bis in die jüngste Zeit sorgfältig vermieden hat, den Eindruck zu erwecken, die Wasserversorgung als Druckmittel einsetzen zu wollen“. Derzeit ist die Regierung Malaysias in den Verhandlungen daran interessiert, in Zukunft vor allem aufbereitetes Trinkwasser nach Singapur zu liefern, was für letztere jedoch mit einem deutlichen Anstieg der Kosten verbunden wäre.

Bereits in den achtziger Jahren war deutlich geworden, dass einer Ausweitung der Lieferbeziehungen zwischen Johor und Singapur nicht zuletzt auch aufgrund eines steigenden Wasserbedarfs im sich rapide industrialisierenden Malaysia deutliche Grenzen gesetzt sind. Es wird erwartet, dass zwei der bevölkerungsreichsten Bundesstaaten - Negri Sembilan und Selangor mit der Hauptstadt Kuala Lumpur - ihre eigenen Wasserressourcen in den nächsten Jahren weitgehend aufbraucht haben werden und dann verstärkt auf Wasserlieferungen aus anderen Teilen des Landes zurückgreifen müssen (DUPONT 1998).

Besondere Brisanz gewinnt das Thema dabei vor dem Hintergrund zunehmender Konkurrenz der beiden Staaten Singapur und Malaysia als Standorte für die Produktion von Computerkomponenten. So entwickelte sich Malaysia in den letzten Jahren zu einem wichtigen Produktionsstandort für die Halbleiterfertigung, einem Industriesektor mit besonders hohem Wasserbedarf (SÜDOSTASIEN Nr. 2, 2000). Der rasante Industrialisierungsprozess und das gleichzeitige Anwachsen städtischer Agglomerationen hat Malaysias Wasserbedarf seit den achtziger Jahren stetig anwachsen lassen und somit auch die Konkurrenzsituation zwischen den beiden Staaten um die Ressource Wasser weiter verstärkt.

### **Zwei Strategien**

Zwei Strategien lassen sich derzeit ausmachen, mittels derer der Stadtstaat der Problematik einer knapper werdenden Ressource Wasser zu begegnen versucht. Da sind einmal Bemühungen um die Erschließung neuer Quellen für den Import von Wasser - hier vor allem aus Sumatra und von den Singapur vorgelagerten Riau-Inseln. Gleichzeitig investiert der Stadtstaat aber auch seit Jahren viel Geld in die Entwicklung neuer Technologien zur Aufbereitung von Abwässern und der Gewinnung von Trinkwasser aus Meerwasser.

### **Wasser von den Riau-Inseln**

Die Entwicklung einer gemeinsamen Wirtschaftszone, bestehend aus Singapur, dem malaysischen Bundesstaat Johor und den zu Indonesien gehörenden Riau-Inseln markierte Ende der achtziger Jahre einen wichtigen Schritt auf

## Nach Singapur führende Wasserleitung



dem Weg zu einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der Region, bei dem auch die Frage der Wasserversorgung Singapurs von zentraler Bedeutung war. Neben der Auslagerung von Produktionsbereichen in die Nachbarregionen Johor und Riau und den Ausbau der Zusammenarbeit im Tourismusbereich spielte für Singapur die Erweiterung der Wasserversorgung über die bereits bestehenden Lieferabkommen mit Johor hinaus eine zentrale Rolle bei der Formulierung der *Growth Triangle*-Zusammenarbeit.

1991 unterzeichneten Singapur und Indonesien daher parallel zu den Kooperationsvereinbarungen zur industriellen Entwicklung der Riau-Inseln auch ein Abkommen über die Lieferung von Wasser an den Stadtstaat, das einen wichtigen Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit zwischen den beiden Ländern darstellt und welches nicht zuletzt auch die bestehenden Abhängigkeiten von Wasserlieferungen aus Johor mindern soll (LEE 1997).

Wichtige Wasserreservoirs hält vor allem die Insel Bintan bereit, die nach Angaben der Entwicklungsplaner über ein geschätztes Lieferpotential von täglich 500 Millionen Litern verfügt. Das über einen Zeitraum von 50 Jahren angelegte Abkommen zwischen Singapur

und Indonesien sieht die gemeinsame Erschließung der Wasserressourcen auf der Insel vor, die, so die Planungen, zu gleichen Teilen der Versorgung Bintans und des Stadtstaats dienen sollen (VORLAUFER 1998). Mitte der neunziger Jahre entstanden im Zuge dieser Entwicklung eine Reihe von Wasserreservoirs auf Bintan, die einmal zur Versorgung der großen Tourismus-Resorts im Norden der Insel und zur Deckung eines steigenden Wasserverbrauchs auf Bintan selber, zum anderen aber auch dem Export von Wasser zur Nachbarinsel Batam und vor allem nach Singapur dienen sollen (WEE; CHOU 1997). Ähnliche Entwicklungsprojekte finden sich auch auf der Nachbarinsel Batam, wo ebenfalls mehrere Wasserreservoirs entstanden sind, die sowohl zur Versorgung der Industrieparks auf der Insel als auch zum Wasserexport nach Singapur beitragen sollen. Obwohl die Entwicklungsplaner darum bemüht sind, bestehende Interdependenzen und ungleiche Entwicklungsbedingungen innerhalb der Wachstumsregion weitgehend auszublenden, treten die strukturellen Disparitäten der Wachstumszone gerade auch bei der Frage der Wasserversorgung deutlich zutage. Vor allem zwischen Singapur und Malaysia bietet das Thema 'Wasserversorgung' seit Jahrzehnten Anlass für

zwischenstaatliche Auseinandersetzungen. Mit der Ausweitung der Lieferbeziehungen auf Indonesien konnte Singapur zwar seine Abhängigkeit von Wasserlieferungen aus Malaysia zum Teil verringern, die prinzipielle Abhängigkeit des Stadtstaats von externer Wasserversorgung ist damit aber nicht aufgehoben worden.

Hinzu kommt, dass sich bereits Ende der neunziger Jahre aufgrund zunehmender Entwicklung der industriellen und touristischen Strukturen und dem Anstieg der Bevölkerungszahlen auf den Riau-Inseln Engpässe in der Wasserversorgung abzeichneten. Neueste Planungen sehen daher den Bau weiterer Pipelines zwischen Singapur und dem Festlandbereich der Riau-Provinz vor, durch die die Wasserversorgung des Stadtstaats zusätzlich gesichert werden soll. Das Joint Venture-Projekt zwischen Singapur und Indonesien zum Bau der etwa 450 km langen Pipelines ist ebenfalls Teil der Anfang der neunziger Jahre vereinbarten Kooperationsbeziehungen auf diesem Gebiet und ein weiterer Schritt Singapurs, die Abhängigkeit von Wasserlieferungen aus Johor zu verringern (SÜDOSTASIEN AKTUELL 2000).

### Neue Technologien

Die Abhängigkeit des Stadtstaats von externen Wasserlieferungen wird auch in den nächsten Jahren - besonders angesichts eines weiteren Anstiegs der Bevölkerungszahlen und fortschreitender industrieller Entwicklung - noch weiter zunehmen. Aufgrund fehlender Grundwasserreservoirs ist der Stadtstaat bei der Wasserversorgung im eigenen Land bisher noch weitgehend auf die Nutzung von *Water Catchment Areas* angewiesen. Seit den achtziger Jahren hat die Regierung jedoch Anstrengungen unternommen, neue Technologien zur Gewinnung von Trinkwasser zu entwickeln.

So sehen neueste Planungen neben dem

Bezug von Wasser aus den Nachbarländern auch den Bau von Entsalzungsanlagen vor, die den steigenden Wasserbedarf des Stadtstaates in Zukunft decken helfen sollen. Die hohen Entwicklungskosten von geschätzten 1 Milliarde S\$ pro Anlage können dabei auch als ein Indiz dafür angesehen werden, welche politische Bedeutung dem Problem der Abhängigkeit von ausländischen Wasserlieferungen in Singapur beigemessen wird.

In den jüngsten Verhandlungen über weitere Lieferabkommen drängte die Regierung Malaysias unter anderem darauf, in Zukunft in erster Linie aufbereitetes Trinkwasser an Stelle von Rohwasser nach Singapur zu liefern, was gleichzeitig zu einer Verteuerung der Wasserversorgung im Stadtstaat führen würde. Sinkende Kosten für die Entsalzung von Meerwasser könnten dann den Einsatz entsprechender Technologien zu einer wirtschaftlich lukrativen Alternative gegenüber einem zunehmend kostspieligeren Wasserexport aus dem Nachbarland machen. Auf der symbolischen Ebene würde dies zusätzlich einen Gewinn an politischer Souveränität für den Stadtstaat bedeuten.

Umfangreiche Entwicklungsanstrengungen hat der Stadtstaat in den letzten Jahren auch bei der Entwicklung neuer Technologien zur Aufbereitung von Abwässern unternommen. So wurde jüngst mit dem *Newater* Werk ein Pilotprojekt eröffnet, in dem mit Hilfe neuester, in Singapur entwickelter Filtertechnologien Abwässer gereinigt werden. Bisher fehlen allerdings noch die Abnehmer für das wieder aufbereitete Wasser. Die Unternehmen der Halbleiterindustrie zeigen bisher nur wenig Interesse an einem Einsatz von Wasser aus dem *Newater* Werk, da ihre Produktionsverfahren auf das aus Johor stammende Wasser abgestimmt sind und eine Umstellung auf das quali-

tativ höherwertige Wasser der Aufbereitungsanlage mit enormen Neuinvestitionen verbunden wäre. Da auch in der Bevölkerung die Akzeptanz für das Trinkwasser von *Newater* noch gering ist, wird das so gewonnene Wasser zur Zeit noch zur Bewässerung von Golfanlagen verwendet.

### Die strategische Bedeutung

Trotz umfangreicher - und letztlich auch kostenintensiver - Bemühungen, neue Technologien der Wassergewinnung und -aufbereitung zu entwickeln und einzusetzen, wird Singapur auch in Zukunft in nicht unerheblichem Maß von Wasserlieferungen aus dem Ausland abhängig bleiben. Die Sicherstellung der Wasserversorgung wird daher auch weiterhin von grundlegender Bedeutung für die Beziehung des Stadtstaates zu seinen beiden Nachbarn Malaysia und Indonesien bleiben.

Wie andere urbane Verdichtungsräume in der Region, so ist auch Singapur auf Wasserlieferungen aus dem Umland angewiesen. Anders aber als etwa in Jakarta, Bangkok oder Manila ist das sich daraus ergebende spezifische Stadt-Umland-Verhältnis hier zugleich eines bilateraler Beziehungen zwischen Staaten und damit auch potentieller internationaler Konflikte um die für den Stadtstaat lebensnotwendige Resource Wasser.

Bisher haben die zwischenstaatlichen Konflikte um Wasser hier noch nicht jene Dimensionen erreicht, wie sie für andere Regionen in Süd- und Südostasien etwa in dem Sammelband von HOFFMANN (1997) aufgezeigt werden. Gleichwohl mögen die beiden folgenden Beispiele abschließend die Virulenz der Problematik aufzeigen. Zu diplomatischen Verstimmungen zwischen Malaysia und Singapur führten jüngst unter anderem Anschuldigungen des malaysischen Pre-

mierministers MAHATIR, die Regierung Singapurs erziele durch den Weiterverkauf des in Singapur aufbereiteten Wassers an die Bevölkerung des Stadtstaates erhebliche Gewinne (POHL 1998). Und auch in Indonesien ist man sich der strategischen Bedeutung der Wasserfrage für den Stadtstaat durchaus bewusst: so forderte etwa der mittlerweile abgesetzte Präsident WAHID im November letzten Jahres, verärgert über die seiner Meinung nach nur unzulängliche Hilfe Singapurs für sein von der Asienkrise besonders betroffenes Land, Malaysia dazu auf, die Wasserlieferungen an Singapur als Druckmittel gegen den reichen Nachbarn einzusetzen.

### Literatur:

DUPONT, ALAN (1998): *The Environment and Security in Pacific Asia. Adelphi Paper 319*, International Institute for Strategic Studies; New York.

HOFFMANN, THOMAS (HG.): *Wasser in Asien. Elementare Konflikte*. Osnabrück 1997.

LEE TSAO YUAN (1997): *Growth Triangles in Singapore, Malaysia and ASEAN: Lessons for Subregional Cooperation*. In: Edward K. Y. Chen; C. H. Kwan (Eds.): *Asia's Borderless Economy: The Emergence of Subregional Economic Zones*. St. Leonards.

POHL, MANFRED (1998): *Streit unter Nachbarn: Die Memoiren des Lee Kuan Yew. Vorläufiger Höhepunkt einer Politik der Nadelstiche?* In: *Südostasien aktuell*, November 1998, Hamburg.

*SÜDOSTASIEN* Nr. 2, 2000.

*SÜDOSTASIEN AKTUELL* 2000.

VORLAUFER, KARL (1998): *Integrierte touristische Plansiedlungen in Südostasien. Instrumente nachhaltiger Entwicklung?* In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, 42. Jg., Heft 3-4.

WEE, VIVIENNE; CHOU, CYNTHIA (1997): *Continuity and Discontinuity in the Multiple Realities of Riau*. In: Chou, Cynthia; Derks, Will (Eds.): *Riau in Transition. Bijdragen tot de Taal-, Land- en Volkenkunde* 153 (4).

## The Controlled Transformation of Public Space by the Presence of Migrant Labour in Singapore

Darren Soh

Like some of the more developed countries in Asia such as Hong Kong and Malaysia, Singapore relies largely on foreign migrant labour for many of its industries. In fact, over half a million of Singapore's labour force currently consists of non-citizens, and according to the Ministry of Manpower, over 400,00 of these are work permit holders employed in the construction, lower-tier service and sanitary industries.

Many of these migrant workers originate in the Third World countries of Asia such as India, Sri Lanka and Bangladesh, as well as Myanmar. They come to Singapore in search of work which promises them a much higher wage rate than what they could ever dream of back home.

The large number of displaced human bodies in a foreign land creates an interesting, if not unique situation for the host country in terms of social accommodation and adjustment for both parties. The issue of public space and its use by migrant workers presents a highly visible and observable set of phenomena to be studied and scrutinised.

On any normal working day, migrant workers are largely invisible and "kept away" to their living quarters and work sites in the case of construction workers. Therefore, their presence is largely ignored. However, the situation changes drastically during the weekend days of Sunday, and to a smaller extent, Satur-

day. Because most migrant workers work round the clock on weekdays, having only Sunday evenings off, they seize the opportunity to congregate in a part of Singapore known as Little India. Little India occupies a stretch of *Serangoon* Road about 2 to 3 kilometres in length, and on weekends, tens or even hundreds of thousands of migrant workers, mostly Indian and Bangladeshi nationals, will congregate along the streets.

The workers' appropriation of this relatively small space is interesting because of the contrast they bring to the space when it is occupied as compared to the other days of the week. Before migrant workers came to appropriate Little India as their meeting place on Sunday evenings, Little India had already been known as a place where local Indians went to buy items such as gold and fabric.

With the advent of migrant workers congregating at Little India, many observable and highly visible phenomena started to manifest in the area. Firstly, new shops specially catering to the workers started to spring up. These took the form of mainly sundry and grocery shops, selling everyday use and food items at affordable prices to the lowly paid workers. Of late however, more and more "niche market" retailers have been springing up. These included a travel agency where arrangements to obtain budget air tickets could be made. Secondly, many instances of improvisation in space occupation could be observed, both on the authorities' and the workers' part. This is of interest here because the Singapore government has always been known to be particularly thorough in their control of large crowds



and any illegal or "inappropriate" usage of public space. In Little India however, the general observation is that the authorities are *facilitating* this once a week "inappropriate" usage of space rather than taking any action *against* it. The following examples are just some of the ways in which the above observation manifests itself.

Jay walking is an activity frowned upon by the authorities in most parts of Singapore. In fact, fines of up to five hundred Singapore dollars can be imposed on convicted jay walkers. However, the law against jay walking seems to be largely ignored in Little India on weekends as thousands of migrant workers openly flaunt traffic rules and jay walk *en masse* across *Serangoon* Road to get from one part of Little India to another. What is more interesting is the presence of police officers, highly visible in their blue uniforms that help facilitate this jay walking. The officers ensure that large groups of workers make it across the road safely, while trying to reach a compromise with vehicular traffic passing through at the same time. The policy that the authorities choose to adopt here seems to be one of "rule-bending" rather than enforcement, and this is interesting for it happens in no other part of Singapore.

Another aspect of Singapore law enforcement which the authorities are usually very concerned about is what is







commonly termed as “illegal gathering”. Large groups of people gathering in a public place for no official reason are normally open to suspicion by police officers as authorities seem to equate large groups (especially of men who seem to have no particular aim in mind) to rowdy illegal gatherings. While the words “rowdy” and “large” still describe the groups of migrant workers in Little India, the gathering no longer appears to be “illegal”. Because the workers have little to do with their free time on weekends except to interact with other countrymen whom they meet at Little India, they find any form of open space and promptly make themselves comfortable there, occupying open fields, public parks, even walkways. They do this to exchange letters from home with each other as well as swap stories about their working week’s happenings. From the police officers’ point of view, as long as the workers don’t obstruct human or

vehicular traffic and keep to themselves, they are largely left alone. The law enforcement mechanism only kicks in if crowds get unusually rowdy and cause trouble for other people. The highly visible presence of the police ensures that this almost never happens.

The development of space by the authorities in Little India is the last aspect which this paper will explore, and once again, these developments are unique only to Little India and seem to have been planned with the migrant workers in mind. In no other parts of Singapore are traffic or pedestrian signs erected in any language other than English, but here in Little India, signs in Bengali and Tamil can be found. Even commercial advertisements in these languages, usually for phone cards to make long distance overseas calls, are visible at bus stops. These signs seem to support the appropriation of space by the migrant workers and sets Little India apart from other parts

of Singapore. Also, nowhere else in Singapore can one find rows of public phone booths numbering up to ten individual phones in a group. All of these phone booths are long-distance capable, another effort by the authorities to provide the workers with telecommunications amenities while keeping them within their stipulated but unofficially allotted public space.

Thus, it is obvious that the use of public space in the place known as Little India at *Serangoon Road* in Singapore is unique to that small area. This is interesting taking into consideration that other parts of Singapore are largely homogenous in appearance. On one hand, this may be seen as an effort on the part of the authorities to facilitate the congregation of migrant workers in the area, but it can also be viewed as a strategy to keep the workers contained in the area rather than have them “spill over” to occupy other parts of the city state.

## SHORT-CUT

Wieder ein Bild aus den Tropen, dass die Abholzung des Regenwaldes zeigt, „... eigentlich nichts Ungewöhnliches“, denkt man, „... schade zwar, aber na ja, es spiegelt eben den weltweit anhaltenden Konflikt zwischen Naturschutz und ökonomischen Interessen wider“, den man auf jeder (internationalen) Klimakonferenz miterleben kann.

Die Abholzung des tropischen Regenwaldes zur Holznutzung oder für die Anlage von „Cash Crops“ wie Mais, Kakao- oder Kaffee findet trotz der Konservierungsansprüche von Naturschützern weiterhin statt.

So weit so gut, neu dabei ist, dass die Abbildung aus einem Nationalpark stammt, dem *Lore Lindu* Nationalpark in Zentralsulawesi, der bereits seit 1993 besteht. Innerhalb dieses Parks wurden in der sogenannten *Dongi-Dongi* Region seit Juni dieses Jahres innerhalb weniger Wochen ca. 1.500 ha gerodet, zunächst Mais gepflanzt und sukzessive die ersten festen Siedlungen für ca. 400 Einwohner angelegt.

Bemerkenswert ist, dass dieses auf den ersten Blick spontane, illegale und anarchisch durchgeführte Ereignis behördlich nicht geahndet worden ist und bisher keinerlei polizeiliche Konsequenzen nach sich gezogen hat. Naturschützer machen dafür die politische Unfähigkeit und Korruption der Behörden verantwortlich und prangern das chaotische Parkmanagement an. Auf der anderen Seite bedrohen lokale Siedlergruppen Naturschutzorganisationen wie TNC (*The Nature Conservancy*) wegen ihres Engagements für den Nationalpark.

Dr. Heiko Faust [hfaust@gwdg.de] ist APSA-Mitglied und Akademischer Rat am Geographischen Institut der Universität Göttingen.

## „A Park Divided“ Naturschutz contra Landnutzung



### Hintergründe und Ursachen

Im Zuge des „Native Resettlement Program“ von 1979-1983 fanden Umsiedlungen aus den Berggebieten der Provinz *Donggala* in die Nähe des späteren Nationalparks statt. Jeder umzusiedelnden Familie versprach die Regierung 2 ha Land, von denen bis heute nur 0,8-1 ha eingelöst worden sind. Stattdessen wurden vorhandene Landflächen in der Nähe der Umsiedlungsorte an wohlhabende Stadtbewohner aus Palu verkauft, die ihre Plantagenbetriebe dort installierten. Dieser Prozess hat zu einer Marginalisierung vieler Familien geführt, die mittlerweile mit großem Zorn die politische und administrative Landvergabe- bzw. Genehmigungspraxis der Behörden beobachten. Wachsende Bevölkerungszahlen und wirtschaftliche Depressionen in den letzten Jahren erhöhten den Druck auf die geschützten Nationalparkflächen noch. Die Ansprüche auf diese Flächen bestehen also schon vor der Einrichtung des Nationalparks und sind bisher friedlich und mit Unterstützung von NGO's

(WALHI, (*Wahana Lingkungan Hidup Indonesia*: „Friends of the Earth of Indonesia“) eingefordert worden. Wahrscheinlich mit (finanzieller) Unterstützung holzverarbeitender Firmen ist dann in diesem Jahr das angestaute Aggressionspotenzial ausgenutzt worden und es kam zur gewaltsamen Besetzung des Landes.

Zur Lösung des Konfliktes schlägt WALHI einen „Runden Tisch“ vor, an dem sowohl die lokalen Gruppen als auch Vertreter der Regierung zusammenkommen sollen, um ein Konzept zu entwickeln, das als „*Conservation Regional Management Model*“ sowohl die Interessen der ansässigen Bevölkerung als auch der Naturschützer berücksichtigt. Eine Modelllösung ist auch dringend erforderlich, da der Nationalpark von ca. 60 Dörfern umgeben ist, die früher oder später in ähnliche Situationen geraten können wie die Region *Dongi-Dongi*.

### Quellen:

<http://www.tempo.co.id/>  
<http://www.walhi.or.id/>  
<http://nature.org/>

## SFB 564: The Uplands Program Research for Sustainable Land Use and Rural Development in Mountainous Regions of Southeast Asia

**Sabine Brüntrup-Seidemann & Andreas Neef**

Im Juni 2000 wurde der Sonderforschungsbereich (SFB) 564 „Nachhaltige Landnutzung und ländliche Entwicklung in Bergregionen Südostasiens“ von der DFG genehmigt, der unter der Koordinierung von Prof. HEIDHUES und Dr. ANDREAS NEEF an der Universität Hohenheim konzipiert worden war. Der Sonderforschungsbereich ist an den Auslandsstandorten als „The Uplands Program“ eingeführt und hat zum 1. Juli 2000 seine Arbeit aufgenommen. Er bildet den interdisziplinären Forschungsschwerpunkt der im „Tropenzentrum“ der Universität Hohenheim (troz.de) zusammengeschlossenen Tropeninstitute und der assoziierten Mitglieder. Die dreijährige Vorbereitungsphase wurde von der Universität Hohenheim, der Eiselen-Stiftung, Ulm, dem Land Baden-Württemberg, dem DAAD sowie der VW-Stiftung unterstützt.

### Problemstellung

Hohes Bevölkerungswachstum, verstärkt durch Umsiedlungsprogramme und Wanderungsbewegungen haben den Druck auf die ohnehin schon marginalen und fragilen natürlichen Ressourcen in viele Bergregionen Südostasiens bedrohlich verschärft. Diese Entwicklung führt zwangsläufig zu verkürzten Brachezeiten, Erosion und Bodenfruchtbarkeitsverlusten die eine abnehmende landwirtschaftliche Produktivität und eine Degradation der natürlichen Lebensgrundlagen nach sich ziehen. Weitverbreitete ländliche Armut, Unterbeschäftigung und Ernährungsunsicherheit sind die Folge.

Der Zwang zur Bewirtschaftung immer kleinerer Flächen und der rapide Übergang von Wanderfeldbau und Brachewirtschaft zu einer permanenten Land-

wirtschaft haben in vielen Regionen Nordthailands und Nordvietnams zur Übernutzung und dauerhaften Schädigung der natürlichen Ressourcen geführt. Während die Probleme in den noch weitgehend subsistenzorientierten Regionen Nordvietnams vor allem in der Erosion und Nährstoffauswaschung sowie der zunehmenden Verarmung der Landbevölkerung liegen, hat der zunehmende Einsatz von Agrochemikalien in den stärker marktorientierten Regionen Nordthailands neben der Bodendegradation auch zu erheblichen Verlusten der Biodiversität pflanzlicher und tierischer genetischer Ressourcen und Kontaminierung des Grundwassers mit Pestizid- und Düngemittelrückständen geführt.

### Ziel des SFB's

Ziel des Sonderforschungsbereichs ist es, einen *wissenschaftlichen Beitrag zur Erhaltung der natürlichen Ressourcen und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung in Bergregionen Südostasiens* zu leisten. Dazu bedürfen zwei wichtige, eng miteinander vernetzte und sich gegenseitig bedingende Bereiche dringend der wissenschaftlichen Bearbeitung:

#### Nachhaltige Landnutzung ↔

#### Nachhaltige ländliche Entwicklung

Grundlage dieser Konzeption ist die Hypothese, dass nachhaltige Landnutzung bei zunehmendem Bevölkerungsdruck ohne gleichzeitiges Schaffen von außerlandwirtschaftlichen Erwerbsmöglichkeiten und geeigneter institutioneller Rahmenbedingungen in ländlichen Räumen nicht gelingen kann.

#### (1) Nachhaltige Landnutzung

In diesem Schwerpunktbereich sollen sich die Forschungsaktivitäten auf die Möglich-

keiten der Stabilisierung von Landnutzungssystemen in Bergregionen konzentrieren. Dies erfordert einen Ansatz, der ein gesamtes Wassereinzugsgebiet als System betrachtet, wobei in späteren Phasen des Forschungsprogramms auch verstärkt externe Effekte für die Landwirtschaft und die Bevölkerung in den Tallagen zu berücksichtigen sind. Die Forschungsaktivitäten konzentrieren sich hier auf die Bereiche: *Ressourcenschutz in den Bereichen Boden, Wasser und Energie*, *Biodiversität im Agrarökosystem und tierische Ressourcen* und *Nachhaltige und integrierte Produktionssysteme*

#### (2) Nachhaltige ländliche Entwicklung

Hier sollen die Möglichkeiten untersucht werden, die im ersten Schwerpunkt untersuchten Produktionssysteme in marginalen Bergregionen stärker in die regionalen Wirtschaftskreisläufe einzubeziehen. Die Forschungsarbeiten konzentrieren sich hier auf die Bereiche *Verarbeitung und Vermarktung hochwertiger Agrarprodukte* und *Ländliche Institutionen und Politikmaßnahmen*.

Die Forschung wird in einem interdisziplinären partizipativen Ansatz, d.h. in enger Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Fachrichtungen und mit der betroffenen lokalen Bevölkerung durchgeführt. Gleichzeitig ist der partizipative Ansatz selbst Gegenstand der Forschung.

Nordthailand wurde als Beispiel einer mehr marktorientierten Wirtschaftsweise gewählt, Nordvietnam als Beispiel einer eher subsistenzorientierten Wirtschaftsweise.

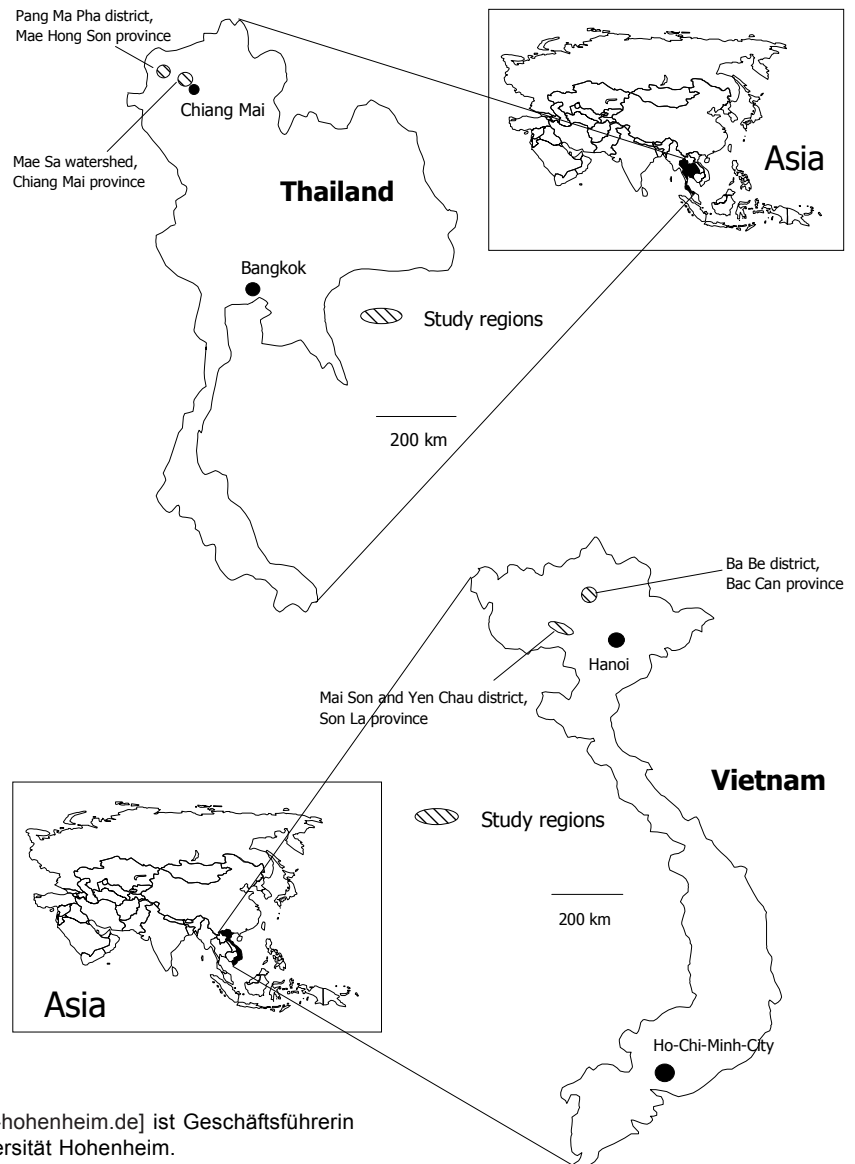
#### Organisation

Der Sonderforschungsbereich setzt sich aus 13 Teilprojekten zusammen, von denen sechs in Thailand arbeiten, drei in Vietnam und vier länderübergreifend in Thailand und Vietnam. Folgende Fachrichtungen sind am SFB 564 beteiligt: Bodenkunde und Standortlehre, Pflanzenproduktion und Agrarökologie, Obstbau, Pflanzenökologie, Lebensmitteltechnologie, Tierproduktion, Agrar-

technik, Landwirtschaftliche Betriebslehre, Agrarökonomie und Entwicklungssoziologie.

Kooperationspartner sind insgesamt sieben Universitäten und Forschungsinstitute. In Thailand sind dies Kasetsart University, Chiang Mai University und Mae Jo University, in Vietnam Hanoi Agricultural University, Thai Nguyen University of Agriculture and Forestry, National Institute of Animal Husbandry und Vietnam Agricultural Science Institute. Mehr als 80 deutsche, thailändische und vietnamesische Wissenschaftler werden im Rahmen dieser ersten Projektphase des Sonderforschungsbereiches untersuchen, welche umweltverträglichen Alternativen es gibt, die der Bevölkerung in den Bergregionen von Thailand und Vietnam eine gesicherte Lebensgrundlage bieten können.

#### Lage der Projektregionen



Sabine Brüntrup-Seidemann [seideman@uni-hohenheim.de] ist Geschäftsführerin des Sonderforschungsbereiches an der Universität Hohenheim.  
Dr. Andreas Neef [a\_neef@usa.net] arbeitet als Koordinator für den SFB in Thailand und Vietnam.

## Weptipps

### Sept. 11 und seine Auswirkungen auf Asien

<http://www.asiasource.org/americanacrisis/>

In AsiaSource werden die Terrorangriffe vom September 11 auf WTC und Pentagon auf ihre Auswirkungen auf asiatischen Staaten erläutert. Zusätzlich sind Infos zu den Angriffen selbst und Links zu Terrorgruppen, Pakistan, Afghanistan, den Islam, Karten und manches mehr vorhanden. *H. O. Franken*

### Der Konflikt in Aceh /Indonesia

<http://www.hrw.org/reports/2001/aceh/index.htm>

Der 41 Seiten umfassende Bericht vom Human Rights Watch (HRW) behandelt den Konflikt in Aceh/Nord-Sumatra /Indonesia. Der Konflikt ist gekennzeichnet durch Menschenrechtsverletzungen sowohl auf Seiten der indonesischen Sicherheitskräfte als auch der GAM (Free Aceh Movement). Das HRW führte Interviews mit Vertretern des indonesischen Militärs, der indonesischen Regierung, Führern der GAM, Vertreter von NGOs und Dorfbewohnern und erstellte aus diesen Informationen den vorliegenden Bericht. Vorschläge für die indonesische Regierung, der GAM als auch der internationalen Staatengemeinschaft runden den Bericht ab. *H. O. Franken*



### 3. EUROSEAS-Konferenz: Ein Bericht vom Young Scholars Panel 6.-8. Sept., London

**Rolf Jordan**

Vom 06. bis 08. September 2001 fand an der *School of Oriental and Asian Studies* (SOAS) der *University of London* die dritte EUROSEAS-Tagung statt. Organisiert von der *Association of Southeast Asian Studies in the United Kingdom* (ASEASUK) bot die Konferenz an drei Tagen in insgesamt 25 Panels mehr als 250 Vorträge. Die thematische Bandbreite der einzelnen Panels reichte dabei von Fragen sozialer und politischer Auswirkungen der Asienkrise auf die Gesellschaften der Region über Vortragsreihen zu urbanen Entwicklungsprozessen in Südostasien und Fragen und Problemen der touristischen Entwicklung in der Region bis zu Vorträgen zur literatur- und kunstwissenschaftlichen Fragestellungen. Einen Schwerpunkt bildete unter anderem ein über zwei Tage angelegtes Panel zu Vietnam.

Die Fülle der Beiträge ist zu groß, um sie an dieser Stelle umfassend zu besprechen. Daher möchte ich mich im wesentlichen auf ein einzelnes Panel konzentrieren: das *Young Scholars Panel* (YPS), das am zweiten Konferenztag ein Forum für unterschiedliche Arbeiten von Nachwuchswissenschaftler bieten sollte. Hier lassen sich zugleich auch einige der Stärken und Schwächen der Tagung verdeutlichen.

Nachdem einige der für das Panel vorgesehenen Nachwuchswissenschaftler ihre Teilnahme leider absagen mussten, gab es am Freitag, den 09. September noch insgesamt 8 Vorträge, die in ihrer thematischen Ausrichtung unterschiedlicher kaum hätten sein können. Die erste Session gestalteten VADIM ATNASH von der University of St. Petersburg und HOLGER WARNK von der Universität in Frankfurt a.M. VADIM ATNASH stellte in

seinem Papier Aspekte des religiösen Lebens der *Cham Bani* vor, die zur Volksgruppe der im Süden Vietnams lebenden Cham gehören. Anhand eigener Interviews mit Vertretern dieser Volksgruppe versuchte ATNASH die Spezifika ihrer religiösen Praktiken im Unterschied zu anderen islamischen Religionsgruppen aufzuzeigen. HOLKER WARNKS Vortrag befasste sich mit der Herstellung malayisch-sprachiger Schulbücher im asghehenden neunzehnten und beginnenden zwanzigsten Jahrhundert im Kontext des bestehenden kolonialen Schulsystems in Malaya. Besonderes Augenmerk lag dabei auf der Rolle, die Missionare und Kirchenvertreter hier spielten.

Die zweite Session eröffnete KENNETH SILLANDER von der University of Helsinki, Finnland, der Ergebnisse seiner anthropologischen Forschungen in Kalimantan (Borneo) vorstellte. Im Mittelpunkt seines Vortrags stand die Frage nach dem Zusammenhang und den Wechselbeziehungen zwischen der spezifischen Kultur des Hausbaus bei den Bentian und der sozialen Beziehungen innerhalb dieser zur Gruppe der *Dayak* gehörenden Volksgruppe in Zentral-Kalimantan. EMILYN CABANDA von der Monash University in Australien ging in ihrem Vortrag der Frage nach, welche unterschiedlichen Resultate die Privatisierung staatlicher Telekommunikationsunternehmen und die sich daraus ergebenden zunehmenden Konkurrenzbeziehungen auf die weitere Entwicklung dieser Unternehmen hat. Die komparativ angelegte Studie konzentriert sich auf Telekom-Unternehmen aus Japan, Malaysia und den Philippinen. Abgeschlossen wurde diese zweite Session von einem Vortrag von ROLF JORDAN

(Universität Kassel) zur Entstehung neuer Grenzregime im Kontext sich herausbildender transnationaler Wirtschaftszonen in Südostasien. Der empirische Fokus des Vortrags lag dabei auf dem um den Stadtstaat Singapur herum entstandenen SIJORI-Growth Triangle. Mit einem Vortrag über die Entwicklung inter-regionaler Handelsströme zwischen der chinesischen Provinz Yunnan und benachbarten Provinzen und Regionen in Chinas südlichen Nachbarländern eröffnete Sandra Poncet von der University of Auvergne in Frankreich die dritte Session des Panels. Im Mittelpunkt ihres Papiers stand dabei die Frage nach einer zunehmenden wirtschaftlichen Integration in der *Greater Mekong Subregion* und ihrer wirtschaftswissenschaftlichen Analyse. SEALING CHENG vom St. Anthony's College in Oxford berichtete in ihrem Papier sehr plastisch von den Lebens- und Arbeitsbedingungen junger Frauen von den Philippinen, die sich illegal in Südkorea aufhalten, wo sie zumeist als Prostituierte arbeiten. Dargestellt wurde der Umgang dieser Frauen mit der oftmals widersprüchlichen Situation zwischen ihrer Familie auf den Philippinen und ihrem Leben als 'Illegale' in Korea. Den Abschluß des Panels bildete schließlich der Vortrag von POLINA ILIEVA, die zur Zeit als Archivarin der Hoover Institution Archives in San Francisco arbeitet. Im dortigen Museum of Russian Culture hat sie Material zusammen getragen, mit dem sie die Lebenssituation weissrusischer Flüchtlinge in einem Flüchtlingslager auf den Philippinen nachzeichnete. Das Lager, das zwischen 1949 und 1953 mehr als 5.000 Flüchtlinge beherbergte, war das erste Flüchtlingslager der eben erst unabhängig gewordenen Phi-

lippinen.

Wie in den meisten der anderen Panels auch stellte vor allem die enge Zeitplanung ein besonderes Problem dar. Dies wurde auch da noch deutlich, wo trotz Ausfalls eines Vortrags der eigentliche Zeitrahmen für die verbliebenen Beiträge kaum ausreichte. Ein Umstand, der sich allerdings auch durch mangelnde Zeitdisziplin bei einigen der Vortragenden erklärt. Hier wäre ein strikterer Umgang mit den Zeitvorgaben durch die Moderatoren der Panel oftmals wün-

schenswert gewesen.

Insgesamt bot das *Young Scholars Panel* eine so große Bandbreite an Themen und Fragestellungen, daß es für die Anwesenden oft kaum möglich war, gemeinsam über das Vorgetragene zu diskutieren. Denn: bis auf wenige Ausnahmen waren die Nachwuchswissenschaftler in ihrem Panel unter sich. Aufgrund der sehr engen Terminplanung der Tagung haben nur wenige Tagungsteilnehmer die Chance ergriffen, zu den Vorträgen des YSP zu gehen. Der von

MIKE PARNWELL, der das Panel zusammen mit HENK SCHULTE-NORDHOLT leitete, geäußerte Wunsch, das YSP möge auf der Tagung als eines der zentralen Veranstaltungen besondere Beachtung finden, hat sich nicht erfüllt. Angesichts dessen sollte die Veranstalter für die Zukunft stärker darum bemüht sein, Nachwuchswissenschaftler in die regulären Panel mit einzubinden, um ihren Arbeiten so eine breitere wissenschaftliche Diskussion zu ermöglichen.

## Tagung des Arbeitskreises Südostasien in der Deutschen Gesellschaft für Geographie (DGfG) Blaubeuren, 6.-8. Juli 2001

### Georg Mischuk

Vom 06. bis 08. Juli 2001 traf sich der Arbeitskreis Südostasien in der Deutschen Gesellschaft für Geographie (DGfG) zur Jahrestagung 2001. Tagungsort der von Prof. Dr. K.-H. PFEFFER organisierten Zusammenkunft war das Fabri-Institut der Universität Tübingen in Blaubeuren. Aktuelle Forschungsprojekte zu Südostasien standen dieses Jahr im Mittelpunkt des Treffens. Zu dieser sechsten Tagung des Arbeitskreises kamen rund 50 Teilnehmer zusammen. Die Moderation übernahm abwechselnd die beiden Sprecher des Arbeitskreises, Prof. Dr. KRAAS und Prof. Dr. PFEFFER. Am Freitag eröffnete Prof. Dr. PFEFFER um 17.30 Uhr die Tagung. In einem abendlichen Vortrag referierte Priv.-Doz. Dr. M. COY in einem vergleichenden Vortrag über „Aktuelle Tendenzen der Regionalentwicklung in Amazonien – Parallelen zu Südostasien?“.

Der Samstag begann mit einer Darstellung der Konzeption und der ersten Ergebnisse des neuen Sonderforschungsbereichs (SFB 546) in Hohenheim. Prof. Dr. F. HEIDHUES trug dabei zunächst über die „Nachhaltige Landnutzung und ländliche Entwicklung in Bergregionen Südostasiens“ vor und zeigte im Anschluss ein Video zur besonderen Problematik der Bergregionen Nordvietnams.

Im weiteren Verlauf des Vormittags wurden Vorträge zu den Themen „Geocology of Karst Topography in Southern Thailand“ von Prof. P. TEPSONGKROH (Songkla/Thailand) und „Kartierung von Feuerschäden in den tropischen Regenwäldern Ost-Kalimantans, Indonesien“ von Dr. G. RÜCKER diskutiert.

Neben Prof. TEPSONGKROH nahmen drei weitere Gäste aus dem südostasiatischen Raum an dem Arbeitskreistreffen teil. Prof. S. YONGVANIT aus Khon Kaen/Thai-

land referierte über das Water Resources Management im Nordosten Thailands anhand einer Fallstudie des Rasisalai-Damms. SOE WIN und ZIN NWE MYINT, beide von der Yangon/Rangoon-University in Myanmar/Birma, berichteten zum Stand der Forschung ihrer Projekte „GIS application in the Evaluation of Probability Areas for some Crops in Myingyan District within the Dry Zone Area of Myanmar“ (SOE WIN) und „Geographical Study of the Urban Growth of Yangon City“ (ZIN NWE MYINT).

Im weiteren Verlauf des Samstags berichtete Dr. H. LEISCH über private Satellitenstädte als Symbolsysteme der Mittelstädte am Beispiel von Jabotabek/Indonesien.

Am Samstagnachmittag referierte zuerst Priv.-Doz. Dr. J. REVILLA DIEZ über die regionalen Innovationspotentiale in Süd-

ostasien in einem aktuellen Überblick wirtschaftsgeographischer Analysen in Singapur, Penang und Bangkok. S. DÖRFLINGER ging in Ihrem Vortrag auf „Grenzen und Möglichkeiten der agrarwirtschaftlichen Entwicklung in peripheren Räumen Thailands am Beispiel Nordostthailands“ ein und Herr Dr. BACKHAUS aus Zürich hielt einen Vortrag zum Thema „Inszenierung „Dschungel“ – Kreation von Authentizität in Nationalparks von Malaysia“.

Der Sonntag begann mit Themen zum Stadtstaat Singapur. Dr. S. KINDER sprach

zunächst zum Thema „Global City Entwicklung und die Rolle von höherwertigen Unternehmensdienstleistungsfirmen in Singapur. Es folgten Prof. Dr. W. FLÜCHTER und U. ZUR-LIENEN mit dem Stand der Forschung zu: „Öffentlicher Wohnungsbau und Stadtentwicklung in Singapur: Ethnien im Spannungsfeld zwischen Segregation und Bevölkerungsmix“.

In einem Abschlussvortrag berichtete Prof. Dr. G. GEROLD vom Geographischen Institut der Universität Göttingen über den SFB 552 und das Thema:

„Stabilität von Randzonen tropischer Regenwälder in Indonesien – Zielsetzung, Untersuchungsprogramm und erste Ergebnisse“.

Die kommende Jahrestagung des Arbeitskreises ist für den 14.-16. Juni 2002 in Rauschholzhausen geplant. Nähere Informationen hierzu werden in Kürze auf der Homepage des Arbeitskreises unter: [www.suedostasien.uni-koeln.de](http://www.suedostasien.uni-koeln.de) zu finden sein.

Georg Mischuk [[georg.mischuk@freenet.de](mailto:georg.mischuk@freenet.de)] ist Diplom-Geograph und arbeitet seit Oktober 2000 als Wissenschaftlicher Angestellter am Institut für Geographie der Universität Köln.

## Literaturtipp: Passauer Beiträge zur Südostasienskunde

Die Reihe „Passauer Beiträge zur Südostasienskunde“ veröffentlicht ausgewählte Arbeiten von Studenten und Mitarbeitern des Faches, um die Ergebnisse ihrer Untersuchungen einem breiteren Publikum zugänglich zu machen.

Südostasien steht im Brennpunkt vielfältiger Entwicklungen im Bereich der Wirtschaft, Politik und Kultur. Die thematischen und historischen Hintergründe werden in den öffentlichen Medien nur unzureichend dargestellt. Deshalb finden gerade wissenschaftliche Arbeiten zunehmend Beachtung, die aktuelle Geschehnisse in einen vertiefenden Kontext einordnen.

Bisher sind in der Reihe neun Bände erschienen:

**Band 1:** GERD TROGEMANN: Doi Moi - Vietnams Reformpolitik in der Retrospektive (1997)

**Band 2:** ANDREAS STURM: Die Handels- und Agrarpolitik Thailands von 1767 bis 1932 (1997)

**Band 3:** CHRISTIANE STAAB: Balinesische Dorforganisationen und ihre Bewertung in der Literatur (1997)

**Band 4 (Sammelband):** BRIGITTE WAIBL, MARKUS HILD, CAROLIN WEIDMANN: Kulturelle Traditionen, Entwicklungspolitik und modernes Management in Indonesien (1997)

**Band 5:** MARTIN GROSSHEIM: Das vietnamesische Dorf und seine Transformation während der französischen Kolonialzeit (1998)

**Band 6:** EVA SCHWINGHAMMER: Die New Economic Policy Malaysias und ihre gesellschaftliche Relevanz 1998)

**Band 7 (Sammelband):** MARTIN GROSSHEIM, KIRSTEN W. ENDRES, ANNETTE SPITZENPFEIL: Vietnamese Villages in Transition (1999)

**Band 8:** KETUT ARDHANA: Nusa Tenggara nach Einrichtung der Kolonialherrschaft 1915 bis 1950 (2000)

**Band 9 (Sammelband):** MARTIN GROSSHEIM UND VINCENT J.H. HOUBEN (eds.): Vietnam, Regional Integration and the Asian Financial Crisis (2001)

Darüber hinaus wird vom Lehrstuhl für Südostasienskunde in Passau eine Reihe von **Working Papers** publiziert, die darauf abzielt, sowohl jungen als auch erfahrenen Südostasienskundlern ein flexibles Medium zu verschaffen, um über ihre laufenden Forschungsarbeiten zu berichten. Bisher sind neun Working papers erschienen, die wie auch die Bänder der „Passauer Beiträge zur Südostasienskunde“ über den Lehrstuhl für Südostasienskunde der Universität Passau zu beziehen sind.

Die Adresse lautet: Innstr. 53, 94032 Passau ; Tel: (0851) 5092741, Fax: (0851) 5092742

Email: [seastudies@uni-passau.de](mailto:seastudies@uni-passau.de)

Internet: <http://www.phil.uni-passau.de/suedostasien/publikationen.html>

## Webtipp

### Urlaub in Myanmar

<http://www.myanmar.net>

<http://www.myanmarreisen.com>

<http://www.impuls-design.de/matweb/reisefot/myanmar/myanmar.htm>

## Die Pacific-News im Internet unter [www.pacific-news.de](http://www.pacific-news.de)



Willkommen  
auf den Seiten der Zeitschrift

# Pacific News

Das Magazin für Nachrichten - Mitteilungen - Hintergrund aus dem asiatisch-pazifischen Raum

APBA

Verlaggeber:  
Abteilung für Asienstudien (APSA)  
im Zentrum für Asien- und Sozialgeographie  
und Geographisches Institut der Universität Göttingen

## Praktikumsangebot



**BOOKING OFFICE EUROPE:**  
Enzianstr. 4a, 82319 Starnberg/Germany

### Wir bieten:

- Abwechslungreiches und selbständiges Arbeiten
- Verschiedene Arbeitsbereiche z.B.  
Buchung, Kundenakquisition,  
Unterstützung der Presseabteilung
- Praktikumsbegleitende Betreuung
- Gutes Betriebsklima
- Vergütung: 800 DM monatlich
- Dauer: 4-6 Monate

### Wir sind:

...eine erfolgreiche Incoming Agentur für die Länder Myanmar, Laos, Kambodscha und Vietnam mit Sitz in Starnberg / München.

Tourist Offices Myanmar und Kambodscha

### Was wir erwarten:

- ✓ gute Englischkenntnisse
- ✓ Umgang mit dem PC
- ✓ selbständiges Arbeiten

**Ausführliche Infos unter Telefon:**

**08151 - 77 02 22**